

Dieter Reuschling

85 Jahre SPD-Fraktion Main-Taunus-Kreis

Der Kreistag des Main-Taunus-Kreises (1928-2013)



1928-2013



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

85 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreises (1928-2013)

1. Auflage, Hofheim, 2014

Recherchen und Texte: Dr. Dieter Reuschling
Lektorat: Swen Klingelhöfer

Herausgeberin:
SPD-Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreises
Nordring 33
65719 Hofheim am Taunus

Telefon: 06192/9777755
Telefax: 06192/9777766
E-Mail: fraktion@spd-main-taunus.de
Web: www.spd-main-taunus.de/fraktion

Hofheim am Taunus im Juli 2014

Auf der Rückseite wurde eine Karte des Main-Taunus-Kreises
aus dem Main-Taunus-Kalender 1953 verwendet.

Inhalt

Vorwort: Karl Thumser und Nancy Faeser	2
Die Kreistage der Vorgängerkreise	3
Die Entwicklung zur Gebietsreform 1928	8
Wahlen für den ersten Kreistag des Main-Taunus-Kreises	10
Kreispolitik am Ende der Weimarer Republik	13
Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit	14
Demokratischer Neubeginn	19
Sozial-liberale Koalition im Main-Taunus-Kreis	23
Kreispolitik mit wechselnden Mehrheiten	27
Starke Opposition	28
Quellen	30
Anhang 1: SPD-Mitglieder im Kreistag und Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises von 1928 – 2013	32
Anhang 2: SPD-Mitglieder im Kreistag des Main-Taunus-Kreises, die auch Mitglieder des Hessischen Landtages oder des Bundestages waren oder sind	53



Vorwort

Im Jahr 2003 feierte der Main-Taunus-Kreis sein 75-jähriges Bestehen. 2013 kann die SPD-Kreistagsfraktion ihr 85-jähriges Bestehen feiern, denn sie ist als einzige demokratische Partei seit der Kreisgründung im Jahre 1928 im Kreistag des Main-Taunus-Kreises vertreten.

Die SPD hat im Kreistag nie einen leichten Stand gehabt, weil das Lager der bürgerlichen Parteien immer größer war als das der Sozialdemokraten. Trotzdem ist es der SPD gelungen, im Laufe der Zeit zwei von sechs demokratisch gewählten Landräten zu stellen, Koalitionen auch mit bürgerlichen Parteien einzugehen und damit entscheidend auf die Kreispolitik Einfluss zu nehmen.

Der letzte Landrat, den die SPD stellte, war Dr. Valentin Jost, der 1977 nach erfolgter Gebietsreform einem CDU-Landrat weichen musste. In der Amtszeit von Dr. Jost wurde der Main-Taunus-Kreis zu einem modernen Kreis im Ballungsraum Rhein-Main weiterentwickelt. Die Veränderungen in der hessischen Schulpolitik gingen einher mit einem riesigen Investitionsprogramm in Schulneubauten, das Kreis-krankenhaus wurde errichtet, wichtige Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur wurden ausgeführt.

Von 1977 bis 1989 befand sich die SPD-Kreistagsfraktion in der Opposition. Erst 1989 gelang es aufgrund unklarer Mehrheitsverhältnisse im Kreistag eine Zusammenarbeit mit CDU und FWG zu organisieren, die dazu führte, dass die SPD den Ersten Kreisbeigeordneten Gerd Mehler stellte. In seiner 6-jährigen Amtszeit gelang es ihm und der Fraktion insbesondere im sozial-, jugend- und umweltpolitischen Bereich deutliche Akzente zu setzen. In der folgenden Kommunalwahl errangen CDU und FDP wieder eine Mehrheit.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich in ihrer 85-jährigen Geschichte immer als Motor einer Kreispolitik für die hier lebenden Menschen gesehen. Obstruktion war nie ihre Sache. Ob in der Rolle der Opposition oder in der Mitverantwortung in der Kreisregierung – die SPD war und ist eine Partei, die sich nie der konstruktiven Verantwortung für den Kreis entzogen hat. Dies ist auch noch heute das Wesensmerkmal der politischen Arbeit der SPD-Kreistagsfraktion.

Besonderer Dank gilt dem ehemaligen Fraktionsmitglied Dr. Dieter Reuschling, der auch diese Publikation in gewohnt gründlicher Weise erarbeitet und verfasst hat. Seine Arbeit trägt dazu bei, dass die Geschichte der SPD im Main-Taunus-Kreis dokumentiert und verfügbar für alle interessierten Leserinnen und Leser wird.

Nancy Faeser Mdl
Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Main-Taunus

Karl Thumser
Fraktionsvorsitzender

85 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreises

Der Main-Taunus-Kreis feierte am 1. April 2003 den 75. Jahrestag seiner Gründung. Der erste Kreistag des 1928 durch das Land Preußen neu gebildeten Kreises wurde am 10. Juni 1928 gewählt. Er trat am 28. Juni 1928 im Kreishaus in Frankfurt-Höchst erstmals zusammen. Mit 9 von 26 Kreistagsabgeordneten stellte die SPD damals die stärkste Fraktion. Sie blieb die einzige Partei, die seitdem bis heute im Kreistag vertreten ist, abgesehen von der Unterbrechung durch die Nazi-Diktatur von 1933 bis 1946 als der Kreistag nicht mehr bestand. Die SPD-Fraktion besteht also im Jahr 2013 seit 85 Jahren.

Die Kreistage der Vorgängerkreise

Als der Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV), 1863 in Leipzig gegründet wurde, gehörten die Kommunen auf dem Gebiet des Main-Taunus-Kreises noch zum Herzogtum Nassau. Nach dem preußisch-österreichischen Krieg 1866 wurde Nassau von Preußen annektiert. Aus dem Herzogtum Nassau, dem Kurfürstentum Hessen und der Freien Reichsstadt Frankfurt wurde die preußische Provinz Hessen-Nassau, in der auch bald (1867) die preußische Verwaltungsorganisation eingeführt wurde. Die Provinz Hessen-Nassau bestand aus den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden. Aus den nassauischen Ämtern als Mittelinstanz zwischen Staatsverwaltung und Kommunen wurden preußische Landkreise.

Nach einer Reorganisation der Kreise im Jahr 1886 gehörten die Kommunen des 1928 gebildeten Main-Taunus-Kreises zu den damals entstandenen Kreisen Höchst, Wiesbaden und Usingen sowie zu dem Ober- und Untertaunuskreis. An der Spitze der Kreisverwaltung stand der vom preußischen Regierungspräsidenten ernannte Landrat, der mit dem vom Kreistag gewählten Kreisausschuss die Verwaltung des Kreises führte. Die Kreistage wurden aber nicht demokratisch von der gesamten Bevölkerung gewählt, sondern nur mittelbar durch Wahlmänner aus drei Wahlverbänden. Diese Wahlverbände wurden durch die größeren Grundbesitzer, die Landgemeinden und die zum Kreis gehörenden Städte gebildet. Die Wahlmänner der Gemeinden und Städte bestimmten die Kommunalparlamente, die in Preußen nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden.

Dabei wurden nach dem Steueraufkommen der männlichen Bevölkerung drei Klassen gebildet, die je ein Drittel der Gemeindevertreter oder Stadtverordneten wählen konnten. Zum Beispiel gehörten in Hofheim bei der Kommunalwahl 1907 von 679 wahlberechtigten Männern 3% der I. Klasse, 13% der II. Klasse und 84% der III. Klasse an. Jede Klasse konnte jeweils sechs Stadtverordnete bestimmen. 22 Wähler der I. Klasse konnten also 6 Stadtverordnete wählen, aber 569 Wähler der III. Klasse nur genau so viele. Da die Wahlen an Werktagen stattfanden, war es auswärts beschäftigten Bürgern kaum möglich, daran teilzunehmen. Entsprechend schwer war es, Wähler der SPD, die vorwiegend der III. Klasse zugehörten, zu mobilisieren. In Frankfurt wurde erstmals 1900 ein sozialdemokratischer Stadtverordneter (Max Quark) und 1907 in Hofheim erstmals drei SPD-Kandidaten und in Flörsheim ein SPD-Kandidat in die Gemeindevertretung gewählt.

Unter diesen Bedingungen war es nur sehr selten möglich, dass SPD-Kandidaten über die Wahlverbände der Landgemeinden oder Städte in die Kreistage gelangen konnten. Es waren fast ausschließlich privilegierte Bevölkerungsgruppen, die während des Kaiserreiches in den Kreistagen Preußens saßen. Als Beispiel möge die Zusammensetzung des Kreistages des Kreises Höchst 1912 dienen: Aus dem Wahlverband der größeren Grundbesitzer waren sieben Abgeordnete vertreten, d. h. Fabrikbesitzer, Direkto-

ren oder Landwirte, z. B. die Mitbesitzer der Farbwerke Hoechst, Dr. Gustav von Brüning und Dr. Herbert von Meister. Vertreter der Landgemeinden mit acht Abgeordneten waren fast alle Landwirte, Fabrikbesitzer oder Bürgermeister. Auch unter den Vertretern der Städte (Höchst mit sechs und Hofheim mit einem Abgeordneten) war kein abhängig Beschäftigter zu finden. Über 120 Jahre nach der französischen Revolution konnte hier von der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger noch keine Rede sein.

Ganz anders sah die Situation für die SPD bei den Reichstagswahlen aus, bei denen auch in Preußen das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren galt. Hier lässt sich der Aufstieg der SPD auch an den Wahlergebnissen im Main-Taunus-Kreis nachvollziehen. Schon bei den Reichstagswahlen 1884 und 1887, als die Parteiorganisation der SPD durch das Bismarck'sche Sozialistengesetz (1878 bis 1890) verboten und die Wahlagitation massiv behindert war, erreichte die SPD auf dem Gebiet des heutigen Main-Taunus-Kreises knapp 20 % der Wählerstimmen, wäre also entsprechend bei demokratischen Wahlen für den Kreistag dort auch vertreten gewesen. Nach dem Ende des Sozialistengesetzes am 25. Januar 1890 wurde sie bei den folgenden Reichstagswahlen erstmals die zahlenmäßig stärkste Fraktion im Reichstag. Im Main-Taunus-Kreis bekam sie 1890 und 1893 rund 30 % der Wählerstimmen. Bei der Stichwahl für den Direktkandidaten für den I. Nassauischen Wahlkreis, zu dem auch der gesamte Main-Taunus-Kreis gehörte, gewann 1893 erstmals ein Sozialdemokrat, der Schuhmacher Friedrich Brühne aus Frankfurt. Auch 1907 und 1912 errang er in diesem Wahlkreis das Direktmandat und die SPD wurde auch im Main-Taunus-Kreis mit 40,0 % der abgegebenen Stimmen 1907 und 45,6 % 1912 jeweils stärkste Partei.

Durch die Revolution von 1918 trat auch in der Kommunalpolitik ein grundsätzlicher Wandel ein: Das Dreiklassenwahlrecht wurde abgeschafft und die Frauen erhielten das Wahlrecht. Die erste demokratische Wahl für die Kreistage in Preußen fand im August 1920 statt, allerdings noch indirekt durch die Wahlverbände der Städte und Landgemeinden. Wahlberechtigt waren die demokratisch gewählten Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen. Vollständige Wahlergebnisse konnten nur für den Kreis Höchst ermittelt werden, zu dem neben Höchst auch Griesheim, Nied, Sossenheim, Schwanheim und die „MTK-Gemeinden“ Eschborn, Hattersheim, Hofheim, Kriftel, Münster, Niederhofheim, Oberliederbach, Okriftel, Soden, Sulzbach, Langenhain, Lorsbach und Marxheim gehörten. Bei 29 Abgeordneten errang die SPD hier mit 15 Abgeordneten eine knappe Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Bürgerpartei). Allerdings war die SPD gespalten in „Mehrheitssozialisten (MSPD)“ (9 Abgeordnete) und „Unabhängige Sozialisten (USPD)“ (6 Abgeordnete).

Die damals gewählten Abgeordneten der SPD waren meist keine „politischen Neulinge“, sondern hatten teilweise viele Jahre aktiv in der Parteiorganisation und in der Agitation für die SPD gearbeitet ohne in Preußen ein kommunales Mandat ausüben zu können. Die überörtliche Basis für die Parteiorganisation war damals der I. Nassauische Wahlkreis für die Reichstagswahlen, der aus den vormaligen Ämtern Hochheim, Höchst, Homburg, Idstein, Königstein und Usingen bestand. Zu diesem Wahlkreis der preußischen Provinz Hessen-Nassau gehörten nach heutiger Lokalisierung die westlichen Vororte von Frankfurt einschließlich Höchst, der Main-Taunus-Kreis, der Hochtaunus-Kreis und Teile des Rheingau-Taunus-Kreises, des Landkreises Limburg-Weilburg und des Lahn-Dill-Kreises. Er reichte von Cleeburg im Norden bis Hochheim im Süden, von Wallrabenstein im Westen bis Seulberg im Osten.

Nach dem Ende des Sozialistengesetzes waren ab 1891 lokale sozialdemokratische Wahlvereine gebildet worden, beginnend in Hedderheim, Höchst, Homburg und Anspach. 1892 wurde in Hofheim der erste SPD-Wahlverein im Main-Taunus-Kreis gegründet, 1898 folgte Flörsheim. Bei der 6. Wahlkreisconferenz des I. Nassauischen Wahlkreises 1896 in Idstein war beschlossen worden, die lokalen Vereine zu einem einzigen Kreiswahlverein, dem Kreiswahlverein im „I. Nassauischen Wahlkreis“, mit „Filialen“ in den einzelnen Orten, zusammen zu schließen. 1901 hatte der Verein insgesamt erst 395 Mitglieder, Ende 1905 aber schon 1.354 Mitglieder, die in 36 örtlichen Filialen organisiert waren. Im heutigen Main-Taunus-Kreis bestanden damals 14 Filialen mit insgesamt 316 Mitgliedern.

Als Beispiel für jahrelange Aktivitäten für die SPD vor der Ausübung eines kommunalen Mandats soll hier Johannes Krauß (* 6. Oktober 1872, † 16. Juli 1928) aus Kriftel genannt werden, der 1899 zu den

Gründern der Filiale Kriftel der SPD gehörte. Er war von Beruf Drechsler, später als Krankenkassensekretär tätig, übernahm schon 1900 im Kreiswahlverein die wichtige Aufgabe, für die Agitation und für öffentliche SPD-Versammlungen im ganzen Wahlkreis zu sorgen. Wie schwierig seine Aufgabe im preußischen Obrigkeitsstaat war, zeigt ein in den Kreisakten des Kreises Höchst dokumentiertes Beispiel. Nach preußischem Vereinsrecht mussten alle politischen Versammlungen von der Verwaltung genehmigt sein. Im März 1900 beantragte Krauß beim Stellvertreter des Bürgermeisters von Okriftel eine Versammlung zu den Gemeinderatswahlen mit dem Genossen Otto Hartmann aus Höchst. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass Ortsfremde nicht zu Gemeindeangelegenheiten sprechen dürften. Erst nach einem ausführlich begründeten Einspruch von Krauß beim Landrat des Kreises Höchst wurde die Versammlung genehmigt, aber natürlich – wie damals üblich – polizeilich überwacht. Johannes Krauß wurde bei der X. Kreiskonferenz des I. Nassauischen Wahlkreises im Jahr 1900 neben Christian Althaus aus Höchst auch zum 2. Kreisvertrauensmann des Wahlkreises gewählt. Die Vertrauensmänner vertraten den Wahlverein gegenüber der Gesamtpartei.



Johannes Krauß, Kriftel

SPD-Kreistagsabgeordneter von 1920 bis 1925 und 1928

Bei der ersten demokratischen Kommunalwahl am 16. November 1919 war Johannes Krauß in Kriftel Spitzenkandidat der SPD-Liste, die 4 von 12 Sitzen in der Gemeindevertretung errang. Im August 1920 wurde er auch bei der ersten (indirekten) demokratischen Kreistagswahl in den Kreistag des Kreises Höchst gewählt, ebenso bei der folgenden direkten Wahl im Februar 1921. Nach der Bildung des Main-Taunus-Kreises 1928, kandidierte er bei der Kreistagswahl am 10. Juni 1928 auf Platz 4 der SPD-Liste und wurde auch im neuen Kreis Abgeordneter, starb aber schon fünf Wochen nach der Wahl im Alter von 57 Jahren am 16. Juli 1928. Die Gemeinde Kriftel hat heute eine Straße nach ihm benannt.

Neben Johannes Krauß hatten auch alle drei Kandidaten der SPD für die Kreistagswahl 1928, die vor ihm auf der SPD-Liste platziert waren, eine ins Kaiserreich zurückreichende Partei- oder Gewerkschaftskarriere vorzuweisen. Der Spitzenkandidat war Jakob Wenzel aus Bad Soden (* 22. 4. 1878, † 25. 4. 1929). Er war von Beruf Schreinergehilfe, wurde ab 1897 Gewerkschaftsfunktionär beim Deutschen Holzarbeiterverband (DHV) und trat 1903 in die SPD ein. Von 1909 bis 1912 gehörte er dem Hauptvorstand des DHV an und wurde ab April 1913 hauptamtlicher Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Höchst des DHV. Bei der ersten demokratischen Gemeindevahl in Preußen am 16. November 1919 wurde er als Gemeindevertreter in Soden gewählt und vom Landrat nach der Wahl zum „Gemeindegewählten“ (Vertreter des Bürgermeisters) ernannt. Im August 1920 wurde er bei der ersten (indirekten) Wahl in den Kreistag des Kreises Höchst gewählt, ebenso bei der folgenden direkten Wahl im Februar 1921. Bei der Kreistagswahl am 28. November 1925 war er für den Kreis Höchst der Spitzenkandidat der SPD, ebenso wie bei der Wahl zum 1. Kreistag des Main-Taunus-Kreises am 10. Juni 1928. Er wurde Fraktionsvorsitzender und ehrenamtliches Mitglied des Kreis Ausschusses, starb aber schon im April des Folgejahres nach einem langen Krankenlager.

An zweiter Stelle der SPD-Liste für die Kreistagswahl 1928 kandidierte Andreas Schwarz (* 25. 12. 1869, † 12. 3. 1955) aus Flörsheim. Er war von Beruf Schiffer und seit 1890 SPD-Mitglied. Bei der Gründung des „Sozialdemokratischen Wahlvereins für Flörsheim und Umgebung“, dem Vorläufer des heutigen SPD-Ortsvereins Flörsheim, wurde er im Juni 1898 zum Kassierer gewählt. Damals wurden bei den Kreiskonfe-

renzen des Reichstagswahlkreises die einzelnen Orte durch Vertrauensleute oder Delegierte vertreten. Bei der X. Kreiskonferenz des I. Nassauischen Wahlkreises im August 1901 in Oberursel vertrat er Flörsheim als Vertrauensmann. 1908 gelang es ihm als erstem Sozialdemokrat, in der Gemeindevertretung von Flörsheim für die III. Klasse ein Mandat zu erringen, das er bis 1914 behielt. Von der ersten demokratischen Gemeindevwahl im Oktober 1919 bis zur Auflösung der Gemeindevertretungen durch die Nazis 1933 blieb er Gemeindevertreter in Flörsheim.



Andreas Schwarz, Flörsheim

SPD-Kreistagsabgeordneter von 1919 bis 1929 und 1933.

In den Kreistag des Landkreises Wiesbaden, zu dem Flörsheim damals gehörte, wurde Andreas Schwarz, der spätere Flörsheimer Ehrenbürger, von der Gemeindevertretung von Flörsheim schon 1920 gewählt, ebenso bei den Direktwahlen zu diesem Kreistag 1921, 1925 und 1927. Es war deshalb nur konsequent dass er 1928 auch an vorderer Stelle für den Kreistag des neu gebildeten Main-Taunus-Kreises kandidierte. Nachdem er am 1929 nicht mehr kandidiert hatte, wurde er bei der letzten halbwegs demokratischen Kreistagswahl am 12. März 1933 nochmals in den Kreistag gewählt, der aber bald danach von den Nazis aufgelöst wurde. Auch der Maurer Joseph Krämer (* 7. 8. 1887) wurde 1927 Mitglied des Kreistages des Landkreises Wiesbaden und wurde danach 1928 und 1929 in den Kreistag des Main-Taunus-Kreises gewählt. Er war gleichzeitig auch Stadtverordneter von Hochheim.

An dritter Stelle der SPD-Kandidaten für den Kreistag 1928 stand Georg Dornauf (* 22. 4. 1857, † 31. 8. 1945) aus Kelkheim. In Bad Soden geboren wurde er als gelernter Schmied schon früh in der SPD aktiv. Ein Polizeibericht für den Landrat des Kreises Höchst führt ihn 1910 als einen „sozialdemokratischen Führer und Agitator“ der SPD in Kelkheim auf. Nach einer Kaufmannslehre wurde er später kaufmännischer Direktor des Sanatoriums Kohnstamm in Königstein. Der jüdische Arzt Dr. Oskar Kohnstamm hatte das Sanatorium Anfang des 20. Jahrhunderts begründet und es 1904/1905 bzw. 1911 im Ölmühlweg zu einem Sanatorium und Kurhotel ausgebaut. Durch seine vielfältigen Kontakte kamen vor und während des Ersten Weltkrieges viele bekannte Künstler zur Kur oder Erholung dort hin, u. a. Stefan George, Otto Klemperer, Karl Wolfskehl, Carl Sternheim und Ernst Ludwig Kirchner. Für einen Arzt und Unternehmer der damaligen Zeit ungewöhnlich war Oskar Kohnstamm Sozialdemokrat und von 1908 bis zu seinem frühen Tod 1917 Stadtverordneter in Königstein. Deshalb stand er vermutlich den politischen Aktivitäten seines kaufmännischen Direktors Georg Dornauf wohlwollend gegenüber.

Bei den Kreistagswahlen 1921 und 1925 wurde Georg Dornauf jeweils als 2. Kandidat der SPD-Liste in den Kreistag des Obertaunuskreises gewählt und wurde auch Mitglied des Kreisausschusses. Diese Funktion hat er später auch im Main-Taunus-Kreis übernommen. Er war außerdem von 1921 bis 1933 Mitglied der Gemeindevertretung von Kelkheim.



Georg Dornauf, Kelkheim

SPD-Kreistagsabgeordneter von 1921 bis 1933.

Bis zum Verbot der SPD durch die Nazis im Juni 1933 war Georg Dornauf auch an führender Stelle in der Partei aktiv: Er vertrat den SPD-Unterbezirk Main-Taunus im erweiterten Bezirksvorstand des SPD-Bezirks Hessen-Nassau. Seine marxistische Grundhaltung wurde noch 1930 in einem Redebeitrag bei der konstituierenden Kreiskonferenz des Unterbezirks Main-Taunus deutlich: Auf die gravierenden wirtschaftlichen Probleme in Deutschland eingehend sagte er: „*Wir müssen dafür sorgen, dass die Mehrheit des Volkes erkennt, dass nur durch den Sozialismus eine Lösung gefunden werden kann*“. Georg Dornauf starb 1945 im Alter von 88 Jahren in Kelkheim.

Bevor der erste Kreistag des Main-Taunus-Kreises im Juni 1928 gewählt wurde, waren die folgenden SPD-Mitglieder in den Kreistagen der Vorgängerkreise vertreten:

Kreis Höchst:	Jakob Wenzel, Geschäftsführer, Bad Soden Anton Walter, Kaufmann, Bad Soden Nikolaus Messer, Hilfsarbeiter, Hofheim.
Obertaunuskreis:	Georg Dornauf, Direktor a. D., Kelkheim Heinrich Stöhr, Metalldreher, Schwalbach Otto Bauer, Bürgermeister, Niederhöhnstadt.
Kreis Wiesbaden:	Andreas Schwarz, Schiffer, Flörsheim Joseph Krämer, Maurer, Hochheim.

Otto Bauer (* 11. 8. 1889, † 1941) wurde als einer der ersten Sozialdemokraten im Kreisgebiet schon 1919 zum Bürgermeister von Niederhöhnstadt gewählt. Er blieb es bis zur „Machtergreifung“ durch die Nazis 1933 und gehörte auch dem Kreistag des Main-Taunus-Kreises von 1928 bis 1933 an. Er war der erste SPD-Bürgermeister in diesem Kreistag.



Otto Bauer, Niederhöhnstadt

SPD-Kreistagsabgeordneter von 1925 bis 1933.

Vor der Bildung des Main-Taunus-Kreises gehörten die Gemeinden Bremthal, Königshofen, Niedernhausen, Niederjosbach und Vockenhhausen zum Untertaunuskreis, die Gemeinden Niederreifenberg, Oberreifenberg und Oberems zum Kreis Usingen. In den dortigen Kreistagen gab es vor 1928 natürlich auch SPD-Mitglieder. Es konnte aber nicht ermittelt werden, ob es darin auch Vertreter aus den genannten Gemeinden gab.

Die Entwicklung zur Gebietsreform 1928

Im Kreistag des Kreises Höchst errangen im August 1920 die (Mehrheits-) SPD 9 Sitze und die damals noch eigenständige Unabhängige SPD (USPD) 6 Sitze, mit zusammen 15 von insgesamt 29 Sitzen also die absolute Mehrheit gegenüber den bürgerlichen Parteien. Den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag entsprechend berief der preußische Innenminister 1921 den Sozialdemokraten Josef Zimmermann (1871-1929) zum 1. Landrat des Kreises Höchst während der Weimarer Republik. Bei der ersten direkten Kreistagswahl im Februar 1921 blieb die SPD mit 8 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Die KPD erlangte 3 und die USPD 2 Sitze. Mit zusammen 13 Sitzen hatten die bürgerlichen Parteien (Zentrum, DDP, „Bürger und Bauern“) aber die gleiche Zahl von Mandaten wie die „linken“ Parteien. 1925 blieb die SPD mit 11 von 26 Sitzen weiterhin stärkste Fraktion; zusammen mit 4 Abgeordneten der KPD blieb eine linke Mehrheit erhalten. Als Josef Zimmermann 1926 zum Polizeipräsidenten von Frankfurt berufen wurde, folgte ihm der Sozialdemokrat Wilhelm Apel als Landrat des Landkreises Höchst. Er wurde später der 1. Landrat des 1928 neu gebildeten Main-Taunus-Kreises.

Wilhelm Apel (* 14. 2. 1873 in Bad Frankenhausen, † 16. 11. 1960 in Frankfurt) war von Beruf Zigarrenmacher und schon früh in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv. Von 1906-1910 arbeitete er als Redakteur der „Nordhausener Volkszeitung“, wurde 1910 Parteisekretär in Erfurt und nach den ersten Kommunalwahlen in der Weimarer Republik 1920 Landrat im thüringischen Landkreis Schleusingen. Am 22. 4. 1926 trat er sein Amt als Landrat in Höchst an und musste sich schon bald mit der Frage des Fortbestandes des Kreises Höchst auseinandersetzen.



Wilhelm Apel

Landrat des Kreises Schleusingen von 1920 bis 1926,
Landrat des Kreises Höchst von 1926 bis 1928,
Landrat des Main-Taunus-Kreises von 1928 bis 1933.

Eine wesentliche Ursache für die damalige Diskussion über eine Gebietsreform – der ersten nach der preußischen Kreisreform von 1886 – war die Entscheidung der Farbwerke Höchst im Jahr 1925, dem Großkonzern IG Farben mit Firmensitz in Frankfurt beizutreten. Damit fielen für die Kreisstadt Höchst ein Viertel der Gewerbesteuer und die Hälfte der Kapitalertragssteuer weg, die künftig nach Frankfurt flossen. Die Stadt Höchst begann im Sommer 1927 „schweren Herzens“ mit der Stadt Frankfurt über eine Eingemeindung zu verhandeln. Auch Griesheim, Nied, Schwanheim und Sossenheim, die zum Kreis Höchst gehörten, wollten aus finanziellen Gründen nach Frankfurt. Zur gleichen Zeit wurde auch die Eingemeindung von Dotzheim, Frauenstein, Georgenborn, Erbenheim, Bierstadt, Kloppenheim und Rambach in die Stadt Wiesbaden geplant und

damit der Bestand des Restkreises Wiesbaden in Frage gestellt, nachdem schon am 3.10.1926 die „Auskreisung“ der Kommunen Biebrich, Schierstein und Sonnenberg und ihre Eingemeindung nach Wiesbaden in Kraft getreten war.

In einer Denkschrift vom Juni 1927 trat Wilhelm Apel für den Erhalt des Kreises Höchst ein. Für den Fall aber, dass die preußische Staatsregierung und der Landtag die Eingemeindungswünsche Frankfurts erfüllen sollte, schlug er schon eine große Lösung für den Zusammenschluss der Restkreise Höchst und Wiesbaden sowie der Kommunen des Untertaunus-Kreises vor, die über die Bahnlinie Höchst-Idstein-

Limburg an die Kreisstadt angebunden waren. Dazu sollten die unter französischer Besatzung stehenden Kommunen der Landkreise Usingen und Obertaunus kommen, die den Hilfskreis Königstein bildeten. Da für Apel neben der wirtschaftlichen Verknüpfung mit Höchst auch die verkehrliche Anbindung an die Kreisstadt ein zentrales Argument für seinen Vorschlag war, sollte Höchst Sitz der Kreisverwaltung bleiben. Seine Analyse der Gebietsreform und seine Vorschläge für „den neuen Kreis Höchst“ wurden im September 1927 im „Höchster Kreisblatt“ veröffentlicht. Die beigefügte Karte aus dieser Presseveröffentlichung zeigt den weitgehenden Vorschlag Apels.



„Der neue Kreis Höchst – Ein Zukunftsbild und eine Zukunftshoffnung“

(Höchster Kreisblatt, 17. September 1927)

Im Land Preußen regierte eine Koalition aus SPD, Zentrum und der linksliberalen DDP, die sog. Weimarer Koalition. Die SPD war bei der Landtagswahl am 7.12.1924 als stärkste Partei bestätigt worden und stellte den Ministerpräsidenten (Otto Braun) und den für die Verwaltungsreform zuständigen Innenminister. Seit Oktober 1926 war dies Albert Grzesinski, der für eine konsequente Demokratisierung der Verwaltung und ihre Modernisierung eintrat. Dazu gehörte für ihn auch die Zusammenlegung kleinerer Landkreise, da es in Preußen mit insgesamt 420 Landkreisen zu viele gab. Dies führte er u. a. im September 1927 vor der Hauptversammlung des preußischen Landkreistages aus. Landrat Apel konnte sich bei seinen Bestrebungen zur Kreisreform also der Unterstützung seines Parteifreundes Grzesinski sicher sein.

Allerdings stellte sich bald heraus, dass der Innenminister den weitgehenden Vorstellungen Apels nicht im vollen Umfang folgen wollte. In dem 1. Gesetzentwurf über „die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt und die Neueinteilung von Landkreisen im Regierungsbezirk Wiesbaden“ vom 21.12.1927 waren Kommunen aus dem Untertaunus-Kreis und dem Kreis Usingen nicht für den neuen Main-Taunus-Kreis vorgesehen, ebenso nicht Königstein und Kronberg aus dem Obertaunus-Kreis. In den folgenden Wochen fanden intensive Beratungen über den Gesetzentwurf statt, die Kreistage nahmen Stellung und die betroffenen Kommunen wurden angehört. Ihre Voten waren sehr unterschiedlich: Während beispielsweise Kommunen des Untertaunus-Kreises wie Niedernhausen und des Kreises Usingen wie Reifenberg, Seelenberg oder Oberems für den Main-Taunus-Kreis plädierten, favorisierten andere die Eingemeindung nach Frankfurt (Neuenhain, Hattersheim) oder nach Wiesbaden (Wallau, Wildsachsen, Nordenstadt u. a.).

Die endgültigen Beratungen über den Gesetzentwurf im preußischen Landtag führte zu einer Kompromisslösung, die in 3. Lesung des Gesetzes am 20. März 1928 beschlossen wurde. Aus dem Landkreis Wiesbaden kamen außer den Gemeinden aus Apels Vorschlag noch Naurod und Auringen hinzu, nicht aber Igstadt, aus dem Untertaunus-Kreis nur die Gemeinden Bremthal, Niederjosbach, Vockenhausen, Niedernhausen und Königshofen, nicht aber die Stadt Idstein und Waldems, aus dem Hilfskreis Königstein insgesamt 15 Gemeinden, nicht aber Seelenberg und die Kommunen Königstein, Kronberg, Steinbach sowie Stierstadt.

Wenn auch seine Vorschläge vom preußischen Landtag nicht vollständig übernommen wurden, so hatte Wilhelm Apel doch einen wesentlichen Anteil an der Gestaltung des ab dem 1.4.1928 neu gebildeten Main-Taunus-Kreises. Er wurde dabei aber auch durch die SPD-Kreistagsfraktionen der hauptsächlich betroffenen Landkreise unterstützt, die nicht nur im Kreis Höchst, sondern auch im Kreis Wiesbaden (8 von 23 Abgeordneten im Jahr 1927) und im Obertaunus-Kreis (10 von 26 Abgeordneten) jeweils die stärksten Fraktionen stellten.

Bei der Gründung des Main-Taunus-Kreises 1928 umfasste er 49 Kommunen mit rund 65.000 Einwohnern. Genauere Zahlen der Bevölkerung liegen nur von der Volkszählung Mitte 1925 vor. Danach hatte der neue Kreis 62.940 Einwohner. Aus dem früheren Kreis Höchst kamen 13 Kommunen mit 37,0% der Gesamtbevölkerung, aus dem Kreis Wiesbaden 15 Kommunen mit 33,5%, aus dem Obertaunus-Kreis 13 Kommunen mit 20,2%, aus dem Untertaunus-Kreis 5 Kommunen mit 6,2% und aus dem Kreis Usingen 3 Kommunen mit 3,1% der Gesamtbevölkerung. Der Anteil des früheren Kreises Höchst war also deutlich am Größten.

Wahlen für den ersten Kreistag des Main-Taunus-Kreises

Die SPD-Kandidaten für den neuen Kreistag, der am 10. Juni 1928 gewählt wurde, sind noch von den Parteigremien der vorher bestehenden Kreise Höchst, Königstein und Wiesbaden gewählt worden. Die Kandidatenliste wurde dabei offensichtlich entsprechend den Bevölkerungsanteilen der früheren Kreise nach Proporz aufgestellt. Die ersten 9 Plätze waren wie folgt verteilt: Aus dem Kreis Höchst mit dem größten Bevölkerungsanteil kamen 4 Abgeordnete (Plätze 1, 4, 7 und 9), aus dem Kreis Wiesbaden 3 Abgeordnete (Plätze 2, 5 und 8) und aus dem Obertaunus-Kreis 2 Abgeordnete (Plätze 3 und 6). Die 3 Spitzenkandidaten standen schon bei den vorhergehenden Kreistagswahlen am 29. November 1925 in ihren damaligen Kreisen an führender Stelle der SPD-Kandidatenlisten: Jakob Wenzel aus Bad Soden auf Platz 1 im Kreis Höchst, Andreas Schwarz aus Flörsheim auf Platz 2 im Kreis Wiesbaden und Georg Dornauf aus Kelkheim auf Platz 2 im Obertaunus-Kreis.

In ihren Wahlaufrufen zu den Kreistagswahlen wies die SPD in ihrer Tageszeitung „Freie Presse“ Höchst besonders darauf hin, dass die linke, d. h. im damaligen Sprachgebrauch sozialistische Mehrheit im neuen Kreistag verloren gehen kann. Dabei verwies sie auf die Wahlergebnisse der im gleichen Jahr am 20. Mai abgehaltenen Reichstagswahlen, bei denen die bürgerlichen Parteien im Kreis eine Mehrheit errungen hatten. Sie versuchte damit ihre Wählerschicht, d. h. vor allem die Arbeiter, zu mobilisieren. In einem besonderen Aufruf rief sie aber auch die Kleinbauern auf, bei der Kreistagswahl SPD zu wählen.

Bei der Wahl errangen die SPD 35,1% der Stimmen und 9 von 26 Sitzen, das Zentrum 26,9% (7 Sitze), die Arbeitsgemeinschaft der Bauern 16,7% (4 Sitze), die Liste Handwerk und Gewerbe 10,9% (3 Sitze), KPD 5,4% (1 Sitz), DDP 3,2% (1 Sitz) und Evangelische Arbeitsgemeinschaft 1,8% (1 Sitz). Obwohl die SPD klar stärkste Partei blieb, stand sie im neuen Kreistag etwa im Verhältnis 40 zu 60 % doch einer bürgerlichen, wenn auch zersplitterten Mehrheit gegenüber. Ihr Wahlziel, auch im neuen Kreistag eine linke Mehrheit zu bekommen, hatte sie nicht erreicht. Wahlstrategisch betrachtet war die Bildung des neuen Kreises für die SPD also kein Gewinn. Erklärbar ist die Entwicklung auch dadurch, dass die industriell geprägten städtischen Regionen mit Höchst und Biebrich weggefallen waren und damit ein größeres Stammwählerpotential für die SPD. Außerdem hatte die Zahl der ländlich geprägten Gemeinden mit ihrem konservativeren Wählerpotential gegenüber der Situation im Kreis Höchst zugenommen.

**Der neue Kreistag trat erstmals am 28. Juni 1928 im Kreishaus in Höchst zusammen.
Die 9 Mitglieder der 1. SPD-Kreistagsfraktion des Main-Taunus-Kreises waren:**

1. Jakob Wenzel, Geschäftsführer, Bad Soden
2. Andreas Schwarz, Schiffer, Flörsheim
3. Georg Dornauf, Direktor, Kelkheim
4. Johannes Krauß, Kassensekretär, Krieffel
5. Joseph Krämer, Maurer, Hochheim
6. Otto Bauer, Bürgermeister, Niederhöchstadt
7. Nikolaus Messer, Kassenangestellter, Hofheim
8. August Limbarth, Dachdecker, Naurod
9. Philipp Meister, Schulhausmeister, Sulzbach

Für die vorwiegend sachorientierte Politik im neuen Kreistag spricht, dass die Bildung des Kreisausschusses (KA) einstimmig beschlossen wurde. Von sechs Mitgliedern erhielt die SPD zwei Mandate, das Zentrum zwei, die Bäuerliche AG einen und die Liste Handwerk und Gewerbe einen. Für die SPD wurden Jakob Wenzel, Bad Soden und Georg Dornauf, Kelkheim Mitglieder des KA. Jakob Wenzel wurde von der Fraktion auch zum 1. Fraktionsvorsitzenden bestimmt. Für sie und für den am 16. Juli 1928 verstorbenen SPD-Abgeordneten Johannes Krauß, Krieffel rückten Heinrich Weiss, Marxheim, Heinrich Stöhr, Schwalbach und Jean Wilhelm, Niedernhausen nach. Als Kreisdeputierte, d. h. Vertreter des Landrates wurden für das Zentrum Bürgermeister Jakob Lauck, Kelkheim und für die DDP Dr. Leonhard Dichmann, Kelkheim gewählt. Der Kreistag entschied am 17. Dezember 1928 auch einstimmig, dem preußischen Innenminister den kommissarisch amtierenden Wilhelm Apel als 1. Landrat des Main-Taunus-Kreises zur Berufung vorzuschlagen, was dieser auch tat.

Die Neubildung des Kreises hatte auch zur Folge, dass die Parteien ihre Organisationen den neuen Verwaltungsgrenzen anpassten. Die SPD-Ortsvereine des neuen Main-Taunus-Kreises kamen erstmals am Sonntag, dem 26. August 1928 zu einer Bezirkskonferenz in Höchst zusammen. Wie der auf der folgenden Seite wiedergegebene Bericht der „Freien Presse“ vom 27. 8. 1928 zeigt, war auch das Ergebnis der Kreistagswahl Gegenstand der Diskussionen. Kritisiert wurde u. a., dass der ehemalige Restkreis

Wiesbaden keinen SPD-Vertreter im Kreisausschuss hat. Mehrere Redner wandten sich aber entschieden gegen das Denken in den alten Kreisgrenzen.

Bezirkskonferenz des Main-Taunuskreises

Am Sonntag tagte in Höchst die erste Konferenz des neuen Main-Taunus-Kreises. Aus allen Orten des Kreises waren Delegierte erschienen. Vom Parteisekretariat Wiesbaden war Genosse Otto erschienen, da noch verschiedene Fragen mit dem ehemaligen Kreistag Wiesbaden zu klären sind und auch die organisatorische Neueinteilung, die der politischen Kreiseinteilung angepaßt ist, noch nicht vorgenommen wurde.

Genosse Grund eröffnete die Konferenz und begrüßte die Delegierten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Genosse Reichstagsabgeordneter Broßwig das Wort zu seinem Referat über

Die Aufgaben des Reichstages.

Die deutsche Arbeiterklasse hat so manche Schlacht verloren, weil sie das politische Kräfteverhältnis nicht richtig einschätzen wollte. Genosse Broßwig sollte dann die Panzerkreuzerfrage auf und schärferte die Verhältnisse, die zu dieser Situation geführt haben. Wir müssen die Massen darauf aufmerksam machen, daß es morgen besser werden kann, wenn dem Kapitalistenblut ein Arbeiterblut gegenübergestellt wird. Wir haben die Verpflichtung, Kritik an unseren Genossen zu üben, wenn sie etwas tun, was unserer Auffassung nicht entspricht; wir müssen aber auch die Machtverhältnisse in Deutschland dieser Kritik zugrunde legen. Unser Schicksal hängt nicht ab von einzelnen heroisierenden Führern, sondern die Lösung der schwierigen Fragen muß auch von unten kommen. Im weiteren Verlauf schilderte Genosse Broßwig das Ergebnis des 11. Mal und die daraus entstehende politische Situation, die eine überaus schwierige und komplizierte war. Politisch betrachtet waren wir aus dem Wahlkampf gekürrt hervorgegangen, während unser Sturm nicht ausreichte, die eigenartige Schlüsselposition der Deutschen Volkspartei zu erschüttern. Infolge dieser komplizierten Situation waren wir gezwungen — wenn wir verantwortungsvoll handeln wollten —

in die Koalition einzutreten.

Was jetzt kann man noch nicht feststellen, ob die Koalition für uns tragfähig ist, trotz der Panzerkreuzerfrage. Das wird sich erst im Herbst bei den großen Auseinandersetzungen um die sozialpolitischen Dinge und die Verteilung der Dawesfaktoren zeigen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich Genosse Broßwig mit der ersten Phase der großen Koalition, der Amnestiefrage, und geklärt dabei die demagogische Haltung der Kommunisten. In der Krisenfürsorge ist dieser Lage wieder ein kleiner Fortschritt durch die Initiative unserer Genossen erreicht worden. Das sind aber alles nur Anfänge. Wir müssen uns daran gewöhnen, die realpolitischen Verhältnisse bei Beurteilung der politischen Situation mit in Betracht zu ziehen. Wir haben ja nicht nur Nachteile in der Koalition. Wenn Seering seine Position hält, um die Verwaltung zu reinigen, so ist das ein Argument, das man nicht ohne weiteres von der Hand weisen kann. Parteiaussschuß, Parteivorstand und Fraktion haben die Haltung der Minister nicht gebilligt, und wir stehen alle der Bewilligung mit innerer Abneigung gegenüber. Aber wir haben uns nicht die Köpfe eingeschlagen, sondern das schwierige Problem als Kameraden zu lösen versucht. Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir ein großes Stück vorwärts gekommen sind, daß der Bürgerkrieg zerfallen ist, daß wir aber nicht so weit gekommen sind, um den Kurs radikal nach links zu führen. Das ist eine Tragik, wie sie durch viele Beispiele in der Geschichte erhärtet werden kann.

Die Kommunisten weisen uns vor, daß wir Verrat in der Rüstungsfrage

geübt haben. Sie haben aber dazu keinen Grund, denn die Rüstungen Sowjetrußlands auch ein imperialistischer Krieg werden von ihnen akzeptiert.

Wir haben, trotz aller schweren Prüfungen, die verdamnte Pflicht und Schuttpflicht, die Partei über alles zu stellen. Wenn wir das tun, werden wir vorwärts kommen, trotz alledem.

In Anbetracht der großen Tagesordnung wurde von einer Aussprache Abstand genommen. Auf Antrag des Genossen Otto (Wiesbaden) wird aber beschlossen, die Aussprache einer späteren Konferenz zu überlassen.

Die Kreisangelegenheiten

Genosse Grund besprach dann die Frage der Kandidatenaussstellung für den Kreisausschuß, zu dem der Kreistag Wiesbaden, der Kreis Königstein und der Kreis Höchst Kandidaten aufgestellt haben. Das Ergebnis der Kreislagwahl war nicht so, daß alle drei aufgestellten Genossen in den Kreisausschuß kamen. Da-

durch bekam der Kreistag Wiesbaden kein Mitglied in den Kreis-

ausschuß. Die heutige Kreislagwahl soll sich deshalb mit dieser Frage beschäftigen. Genosse Wenzel (Bad Soden) schildert das Ergebnis der Kreislagwahl, das uns nicht befreite. Wir mußten deshalb in der Fraktion die Kandidaten so aufstellen, wie das der besonderen Situation entsprach. Daß der Genosse Maier vom Kreistag Wiesbaden nicht in den Kreisausschuß kam, liegt eben am Ausgang der Wahl. Es war nicht davon die Rede, daß die Fraktion hier keine Hand hatte. Wir mußten uns so einstellen, daß inkräftige Leute in den Kreisausschuß kommen.

Genosse Müller (Hornau): Wir haben uns über die Kreis-

ausschußfrage nicht unterhalten. Das war ein Fehler. Aber die Frage ist nun entschieden und wir sollen uns damit zufrieden geben.

Genosse Otto (Wiesbaden): Wir haben in unserer Partei bei der Wahl glänzend abgeschnitten. Die Ehrenposten der Partei sollen nicht durch die Fraktion, sondern durch die Partei vergeben werden. Es war ein Fehler, daß die Fraktion der Partei vorgeht. Diese Frage mußte deshalb einer besonderen Konferenz vorbehalten bleiben. Wir müssen bei der Kreislagwahl ebenso verfahren wie bei der Kreislagwahl. Deshalb ist der Schritt der Kreislagfraktion zu verurteilen.

Genosse Stöhr (Schwalbach): Die Argumente der Wies-

badener sind nicht stichhaltig. Die Aufstellung der Kandidaten ist zu Recht erfolgt.

Genosse Thomas (Flörsheim): Es ist bedauerlich, daß die Parteiorganisationen der verschiedenen Kreise noch keine einheitliche Basis haben. Die Haltung der Fraktion in dieser Frage war nicht richtig. Auch das Parteisekretariat hat in dieser Frage versagt.

Genosse Meißner (Sulzbach) wendet sich gegen die Aus-

führungen des Genossen Thomas. Die Frage Kreistag Wies-

baden, Kreistag Königstein ist heute erledigt. Wir haben den neuen Main-Taunus-Kreis und müssen demnach handeln.

Genosse Seil (Flörsheim): Es ist nicht richtig, daß Fraktion und Partei in dieser Frage nicht einheitlich handelten.

Genosse Gutt (Kriess): Wir dürfen uns nicht darüber streiten, von welchem Ort der Genosse ist, der in den Kreis-

ausschuß kommt.

Genosse Dornau (Kellheim): Es wäre gemeinschaftliche Sache der beiden Sekretariate gewesen die Frage einheitlich zu regeln. Zweckmäßig war es, die beiden erfahrenen Genossen in den Kreisausschuß zu schicken. Das hat Wiesbaden, die Könige-

lein, die Höchst muß endlich aufhören.

Genosse Reinmann (Gattersheim) bebauert, daß sich mit der Neubildung des Main-Taunuskreises nicht auch die Partei-

organisation neu gebildet hat. Genosse Lorenz (Nautzen) macht den Vorschlag, einen Genossen aus dem Kreis Wies-

baden als Kreisdeputierten zu nominieren. Die Debatte wird darauf geschlossen. Der Antrag Lorenz wird einstimmig angenommen.

An Stelle des verstorbenen Genossen Kraus und der aus-

schiedenden Kreislagmitglieder werden nach längerer Debatte die Genossen Stöhr, Schwalbach, Meiß, Marzahn, und Wilhelm Niederhausen in den Kreislag gewählt. Sie werden an Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder in den Kreislag nachrücken. — Nachdem man des verstorbenen Genossen Kraus ehrenvoll gedacht hatte, wurde die Konferenz geschlossen. Die nächste Konferenz findet wahrscheinlich am 16. September statt. Sie wird sich in erster Linie mit der Preßfrage beschäftigen und der Aussprache über die Panzerkreuzerfrage.

Bad Soden a. L., 27. August. (Das letzte Symphonie-

konzert der Kurtavalle) In diesem Jahre findet morgen

1. Konferenz des neuen SPD-Unterbezirks Main-Taunus

Bericht der „Freien Presse“ Höchst vom 27. 8. 1928

Die bisher bestehende Parteiorganisation, der SPD-Unterbezirk Höchst-Homburg-Usingen, der die früheren Landkreise Höchst, Usingen und den Obertaunuskreis umfasste, bestand noch bis Anfang 1930 weiter. Zuletzt war Wilhelm („Willi“) Thomas (30. 3. 1889, † 8. 6. 1956) aus Flörsheim ihr Vorsitzender. Die



konstituierende Versammlung der SPD-Ortsvereine des Main-Taunus-Kreises, bei der ein selbständiger SPD-Unterbezirk Main-Taunus gebildet wurde, fand am 11. Mai 1930 im Lokal Treber („Eintracht“) in Hochheim statt. Dabei wurde Wilhelm Thomas aus Flörsheim auch wieder zum Vorsitzenden gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder wurden: Holzapfel, Bad Soden; Müller, Hornau; Göbel, Langenhain; de Lorenzi, Naurod und Meister, Sulzbach.

Wilhelm („Willi“) Thomas, Flörsheim

Erster Vorsitzender des 1930 neu gebildeten SPD-Unterbezirks Main-Taunus.

Kreispolitik am Ende der Weimarer Republik

Die folgenden regulären Kreistagswahlen am 17. November 1929 brachten gegenüber dem Ergebnis von 1928 keine wesentlichen Änderungen. Statt 7 kandidierten jetzt 11 Parteien und Interessengruppen. Spitzenkandidat der SPD war jetzt Georg Dornauf, Kelkheim, da Jakob Wenzel am 25. April 1929 nach längerer Krankheit verstorben war. Die beiden größten Parteien erhielten die gleiche Anzahl an Sitzen wie vorher: SPD neun (34,0% der Stimmen) und Zentrum sieben (25,0%) von 26, d. h. die SPD blieb stärkste Partei. Die Mehrheit im Kreistag war aber bürgerlich orientiert. Die NSDAP schaffte mit 2,5% der Stimmen und einem Abgeordneten erstmals den Sprung in den Kreistag. Als Stellvertreter des Landrates (1. Kreisdeputierter) wurde Georg Dornauf am 18. Dezember 1929 wiedergewählt.

Die ersten Jahre des neuen Kreises waren zunächst von der Reorganisation und Zusammenführung der Verwaltung aus den Vorgängerkreisen und der Vermögensauseinandersetzung mit den benachbarten Städten und Landkreisen geprägt. Die Folgen der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf den Kreishaushalt wurden aber bald zum beherrschenden Thema der Kreispolitik. Den sinkenden Steuereinnahmen standen durch die hohe Arbeitslosigkeit stark steigenden Ausgaben für Wohlfahrtspflege und Wohnungsfürsorge gegenüber. Nach den Verwaltungsberichten des Kreises stieg allein die Zahl der „Wohlfahrtserwerbslosen“ im Kreis vom Juli 1931 bis zum Dezember 1932 von 747 auf 1788, d. h. um das 2,4-fache.

Dazu kam die zunehmende Radikalisierung des politischen Lebens durch links- und rechtsextreme, antidemokratische Parteien, insbesondere durch die erstarkende NSDAP. Wie es Prof. Dr. Rainer Koch in seinem Festvortrag zum 75. Kreisjubiläum am 1. April 2003 im Kreishaus eindrucksvoll dargestellt hat, war Landrat Apel ein erklärter Gegner der Nazis, der alle vom Land Preußen vorgegebenen gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfte, um sie und ihre Gliederungen im Main-Taunus-Kreis einzuschränken und ihre Ausbreitung zu behindern.

Es war deshalb nur folgerichtig, dass schon kurz nach der sogenannten Machtergreifung der Nazis im Reich am 30. Januar 1933 der von ihnen kommissarisch eingesetzte preußische Innenminister Hermann Göring Landrat Apel am 13. Februar 1933 beurlaubte, d. h. praktisch fristlos aus seinem Amt entfernte. Am Tag darauf wurde Wilhelm Apel 60 Jahre alt. Es bleibt bemerkenswert, mit welcher Konsequenz und wie schnell es den Nazis gelang, die Schaltstellen der Macht zu besetzen und ihre politischen Gegner bis in die Provinz aus ihren Ämtern zu entlassen.

Die turnusgemäße Kreistagswahl am 12.3.1933 wurde wie die Reichstagswahl eine Woche vorher von den Nazis noch durchgeführt, um den Schein der Legalität zu wahren. Sie taten aber alles, um durch Verhaftungen und Einschüchterungen ihrer politischen Gegner, durch das Verbot der sozialdemokratischen Presse und das Verbot des Verteilens von Flugblättern eine demokratische Wahl zu behindern. Die letzte Wahlanzeige der SPD vor der Kreistagswahl im „Höchster Kreisblatt“ am 11. 3. 1933 verdeutlicht die Lage.

Seite 11 — Nr. 66. Höchster Kreisblatt — Main-Taunus-Zeitung. Sonntag, 11. März 1933.

Männer und Frauen der Arbeit!

Durch das Verbot unserer Presse und unserer Flugblätter ist es uns nicht möglich zu Euch zu sprechen. Am Sonntag, den 12. März entscheidet Ihr über die Geschichte der Stadt Frankfurt a. M., im Besonderen der ehemaligen Stadt Höchst, des Main-Taunus-Kreises und des Regierungsbezirkes Wiesbaden.

Vergeßt nicht, wer Euere Interessen, auch in der schwersten Zeit, die die Nation durchleben mußte, wie Besatzungszeit und Ruhrkampf, mit aller Sachlichkeit vertreten hat und wer Euch zum gleichberechtigten Bürger im Staat und in der Gemeinde gemacht hat.

Treue um Treue!

Wählt am Sonntag geschlossen die Liste der Sozialdemokratie! Liste 2

Trotz der massiven Behinderungen der anderen Parteien erreichte die NSDAP bei dieser Kreistagswahl nicht die absolute Mehrheit (41,2% und 11 von 26 Sitzen). Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 bekam sie im Reich 43,9% der Stimmen. Zweitstärkste Partei im Kreistag wurde die Zentrumspartei mit 23,3% der Stimmen und 6 Sitzen, gefolgt von der SPD mit 21,6% und ebenfalls 6 Sitzen.

Der neu gewählte Kreistag trat nur noch zweimal zusammen, u. a. um den Kreisausschuss zu wählen. Für die SPD wurde Georg Dornauf, Kelkheim nochmals in den Kreisausschuss gewählt. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD im Reich verboten. Schon 4 Tage später erhielten alle SPD-Kreistagsabgeordneten vom NS-Landrat Dr. Janke die Aufforderung übersandt, „sich mit sofortiger Wirkung Ihres Mandates als Kreistagsabgeordneter, Kreisausschussmitglied usw. zu enthalten, weil Ihre weitere Betätigung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt“. Bei Nichtbefolgung wurde Verhaftung angedroht. Der restliche Kreistag blieb aber nur noch kurze Zeit im Amt: Am 17. Juli 1933 wurden die Zuständigkeiten des Kreistages von den Nazis durch Gesetz auf den Kreisausschuss übertragen, der Kreistag damit aufgelöst.

Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit

Landrat Wilhelm Apel bekam bald nach seiner Beurlaubung seine Dienstwohnung im Kreishaus in Höchst gekündigt und zog nach Frankfurt. Auch dort stand er als Gegner der Nazis unter Beobachtung und wurde im Juni 1933 in Schutzhaft genommen. Vermutlich blieb er auch wegen seiner beiden Söhne Paul (1896-1965) und Wilhelm jr. (1906-1969) verdächtig, die bis zuletzt gegen die Machtübernahme durch die Nazis gekämpft hatten.

Als Gegengewicht gegen die schon zu Beginn der Weimarer Republik von den Gegnern der Republik, der NSDAP und der KPD, gegründeten paramilitärischen Verbände SA und SS bzw. „Rot-Frontkämpfer-Bund“ bildeten die Parteien der so genannten „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und Deutscher

Demokratischer Partei im April 1924 die republikanische Schutzformation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“, die von der SPD dominiert wurde. In diesem auch militärisch organisierten Verband mit zuletzt bis zu 2,5 Millionen Mitgliedern war Paul Apel der Gausekretär für die preußische Provinz Hessen-Nassau. Als Hitler nach dem ersten großen Erfolg bei den Reichstagswahlen 1930 mit anderen Gegnern der Republik die „Harzburger Front“ gebildet hatte, organisierten sich die Verteidiger der Republik, das Reichsbanner, die freien Gewerkschaften, Arbeitersportorganisationen und die SPD im November 1931 zur „Eisernen Front“. Vorsitzender des Reichsbanners in Höchst war Wilhelm Apel jr.; er wurde auch Vorsitzender der Eisernen Front im Main-Taunus-Kreis.

Paul Apel wurde nach dem Verbot des Reichsbanners ab März 1933 von den Nazis mehrfach in Schutzhaft genommen. Sein Bruder Wilhelm entzog sich einer drohenden Verhaftung durch Flucht ins Saarland und später nach Frankreich, wo er bis zum Kriegsende 1945 untertauchen konnte. Paul Apel nutzte seine als Gausekretär des Reichsbanners gewonnenen Kontakte, um im Rhein-Main-Gebiet ein konspiratives Widerstandsnetz aufzubauen. Ziel war dabei, die Kontakte zwischen den Mitgliedern der verbotenen SPD aufrecht zu erhalten, den Exil-Vorstand der SPD mit unzensurierten Nachrichten aus dem Reich zu versorgen und einen illegalen Verteilerring für die „Sozialistische Aktion“, das monatlich erscheinende Informationsblatt der Exil-SPD, zu betreiben.

Von November 1934 bis zur Verhaftung Paul Apels im Oktober 1935 wurde das Blatt auch im Main-Taunus-Kreis verteilt. Der als Verteiler tätige Paul Kirchhof aus Sindlingen verlor im Juni 1935 bei einer Kurierfahrt eine Lieferung des Blattes, die in die Hände der Gestapo fiel. Ihr gelang es in den nächsten Monaten, einen großen Teil des Widerstandsnetzes um Paul Apel aufzudecken. Insgesamt wurden über 120 Verdächtige im Rhein-Main-Gebiet verhaftet. In neun Prozessen zwischen Januar 1936 und Januar 1937 wurden insgesamt 104 Widerständler wegen der „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt. Paul Apel wurde am 3. Oktober 1935 verhaftet, vom Volksgerichtshof in Frankfurt zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in verschiedenen Zuchthäusern verbüßte und danach im Konzentrationslager Dachau bis zum Kriegsende gefangen blieb.

Aus dem Main-Taunus-Kreis wurden insgesamt 16 Personen aus Bad Soden, Hattersheim, Hochheim und Kelkheim verhaftet, die früher im Reichsbanner und in der Eisernen Front aktiv waren und vor 1933 teilweise für die SPD in kommunalen Parlamenten saßen. Die Gastwirtschaft „Eintracht“ von Adam Treber (* 27.8.1885, † 29.12.1975) in Hochheim war ein konspirativer Treffpunkt der Widerstandsgruppe in Hochheim und Umgebung. Adam Treber war vor 1933 für die SPD Beigeordneter der Stadt Hochheim und Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsbanners. Er wurde am gleichen Tag wie Paul Apel verhaftet.



Adam Treber, Hochheim

Kreistagsabgeordneter von 1946 bis 1948.

In dem Prozess gegen ihn, Peter Nida, Hattersheim u. a. wurde er vom Strafsenat des Oberlandesgerichtes Kassel am 14. Februar 1936 zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er bis zu seiner vorzeitigen Entlassung am 2. Mai 1938 verbüßen musste.

Der Generalstaatsanwalt.
Kassel, den 18. Dezember 1935.
G.Zs. 154/35.
K a s s e l
Anklageschrift!

1.1 1. J T r e b e r, Adam, Gastwirt in Hochheim a/H., Färberstei-
straße 2, geboren AMALHAI am 27. August 1885, verheiratet,
in dieser Sache festgenommen am 3. Oktober 1935;

1.10 2. J N i d a, Peter, Schriftsetzer in Hattersheim a/H., Stun-
fenstraße 26, geboren am 10. Oktober 1884 in Altdorf/Hessl,
verheiratet, in dieser Sache festgenommen am 15. Oktober
1935;

1.13 3. J K n o r r, Georg, Schneider in Hochheim a/H., Hinter-
gasse 2, geboren am 13. August 1907 in Walger (Hollbrunn),
ledig, in dieser Sache festgenommen am 11. Oktober 1935;

1.16 4. J S c h e f e r, Josef, Lederschnoider in Hochheim a/H.,
Weiherrstraße 37, geboren AMALHAI am 10. März 1907, ledig,
in dieser Sache festgenommen am 11. Oktober 1935;

1.18 5. J F r u e r, Josef, Maurer in Hochheim a/H., Adolfsstr. 7,
geboren AMALHAI am 7. August 1887, verheiratet, in die-
ser Sache festgenommen am 16. Oktober 1935;

1.21 6. J H e h, Peter, Arbeiter in Mainz-Kastel, Mainzerstr. 1,
geboren AMALHAI am 12. November 1905, ledig, in dieser
Sache festgenommen am 8. Oktober 1935;

1.29 7. J F r e h l, Johann, Brauer in Mainz-Kasteln, Gustav-
bürgerstr. 12, geboren am 16. April 1884 in Stüping,
Höderbergstr., verheiratet, in dieser Sache festgenommen
am 11. Oktober 1935;

1.34 8. J S e i t, Johann, Schlosser in Mainz-Kastel, in der Alze
18, geboren am 27. März 1894 in Mainz, verheiratet, in
dieser Sache festgenommen am 11. Oktober 1935;

3.1

- 2 -

1.40 9. J H e h, Heinrich, Schiffer in Mainz-Kastel, Johanna-
straße 10, geboren AMALHAI am 19. November 1894, ver-
heiratet, in dieser Sache festgenommen am 11. Oktober 1935;

1.43 10. J F r i e d r, Georg, Inspektionsrat in Wiesbaden, Adler-
straße 26, geboren am 30. Januar 1906 in Darmstadt, ver-
heiratet, in dieser Sache festgenommen am 11. Oktober 1935;

1.46 11. J H e r z o g f f, Albert, Bürohilfs in Wiesbaden, Frank-
furterstr. 12, geboren AMALHAI am 16. Januar 1906, ledig,
in dieser Sache festgenommen am 12. Oktober 1935;

1. Off. d. A. zu 1.1 bis 4.1, 6.1, 8.1 bis 11.1 seit dem 29. Okto-
ber 1935 in Untersuchungshaft in Gerichtsgefängnis in
Frankfurt a/H., zu 3.1 seit dem 23. Oktober 1935, zu 7.1
seit dem 15. Oktober 1935 in Untersuchungshaft in Straf-
gefängnis in Frankfurt a/H.-Fronzeshof,
wird angeklagt.

in Frankfurt a/H., Hochheim, Hattersheim, Mainz-Kastel, Kastel-
horn und Wiesbaden in den Jahren 1931 und 1932
fortgesetzt handelnd das hochverräterische Unternehmen, die
Verfassung des Reiches mit Gewalt zu ändern, durch den Vertrieb
und den Kauf illegaler Druckschriften, insbesondere der „Senta-
mentischen Akten“, und die Veranstaltung illegaler Versam-
mlungen und die Teilnahme an ihnen vorbereitet zu haben, und
zwar indem die Tat darauf gerichtet war, einen organisierten
Zusammenhalt herzustellen und aufrecht zu erhalten und
die Massen durch Verbreitung von Schriften zu beeinflussen,
Verbrechen strafbar nach §§ 80 Abs. II, 83 Abs. II und III,
Ziff. 1 und 3, Abs. 27 StGB.

Bezustimmen!

I. Die Einlassung der Angeeschuldigten. II.

Anklageschrift gegen Adam Treber, Hochheim, Peter Nida, Hattersheim u. a. vom 18. 12. 1935 wegen Hochverrat

Bei der ersten Kreistagswahl nach dem Krieg am 28. April 1946 kandidierte Adam Treber auf Platz 2 der SPD-Liste und blieb bis 1948 Kreistagsabgeordneter des Main-Taunus-Kreises.

Sein Mitangeklagter Joseph Krämer aus Hochheim war schon von 1927 bis 1928 Abgeordneter im Kreistag des Landkreises Wiesbaden und danach von 1928 bis 1933 Kreistagsabgeordneter des Main-Taunus-Kreises. Er wurde am 16. Oktober 1935 verhaftet und saß bis zum Prozess in Kassel in Untersuchungshaft, hatte aber das Glück, mangels Beweisen frei gesprochen zu werden.



Ein tragisches Schicksal im Widerstand gegen die Nazis hat Peter Nida (*10.10.1884, † 6.3.1945) aus Hattersheim erlitten. Vor dem Verbot der Gewerkschaften durch das NS-Regime war er Gewerkschaftssekretär beim Fabrikarbeitsverband im Büro Höchst. Er war im Reichsbanner und in der „Eisernen Front“ aktiv. In Höchst und im Main-Taunus-Kreis organisierte er mehrere Kundgebungen und Aufmärsche zur Verteidigung der Weimarer Republik gegen die Nazis, zuletzt noch am 3. März 1933 in Hattersheim. Er wurde 1929 und 1933 in den Kreistag des Main-Taunus-Kreises gewählt, als 2. Kandidat auf der SPD-Liste nach Georg Dornauf. Da Dornauf Kreisbeigeordneter wurde, war Peter Nida dann Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

Peter Nida, Hattersheim

Kreistagsabgeordneter von 1929 bis 1933.

Peter Nida wurde am 17.6.1933 von den Nazis in „Schutzhaft“ genommen und am 27.8.1933 aus der Haft entlassen, nachdem er sich verpflichtet hatte, an keinen „hoch- und landesverräterischen Umtrieben“ teilzunehmen. Er beteiligte sich aber trotzdem an den illegalen Aktivitäten der Gruppe um Paul Apel, wurde am 15.10.1935 verhaftet und im Prozess gegen Adam Treber u. a. zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Haftentlassung im Mai 1937 bekam er keinen ständigen Arbeitsplatz bis er ab August 1940 in seinem erlernten Beruf als Schriftsetzer in der Druckerei Brönnner Arbeit fand. Dort wurde er im April 1941 nach einer Denunziation durch einen Arbeitskollegen erneut verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Im Anschluss an diese Haftstrafe wurde er im November 1944 ins Konzentrationslager Dachau eingewiesen, wo er kurz vor Kriegsende am 6. März 1945 im Alter von 60 Jahren verstarb. Die SPD-Kreistagsfraktion des Main-Taunus-Kreises hat zum Gedenken an Peter Nida ihr Geschäftszimmer im Landratsamt in Hofheim nach ihm benannt. Vor seinem früheren Wohnhaus in Hattersheim wurde ein „Stolperstein“ für ihn verlegt.

Zu den Verurteilten in den Prozessen gegen die Gruppe um Paul Apel gehörten auch Heinrich Dosse (* 14.1.1899) aus Bad Soden und Albert Hild (* 25.9.1900) aus Fischbach, später wohnhaft in Hofheim. Beide waren im Reichsbanner aktiv; Dosse war Vorsitzender der Sodener Ortsgruppe. Sie wurden beschuldigt, an der illegalen Verteilung der „Sozialistischen Aktion“ beteiligt gewesen zu sein. Dosse wurde am 24.2.1936 zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Februar 1938 wurde er vorzeitig entlassen. Albert Hild wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Beide wurden nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes für die SPD Kreistagsabgeordnete des Main-Taunus-Kreises, Heinrich Dosse über fünf Wahlperioden von 1946 bis 1964, Albert Hild von 1948 bis 1952.

Die Nazis verdächtigten und bekämpften nach der so genannten „Machtergreifung“ 1933 alle, die nicht auf ihrer Seite standen und ihre politischen Gegner waren. Dazu gehörten viele Kommunalpolitiker der SPD und anderer Parteien, die als potentielle Gefahr für das NS-Regime bespitzelt, überwacht oder zur Abschreckung ohne richterliche Anordnung in „Schutzhaft“ genommen wurden. Dazu gehörte auch Heinrich Weiss (* 2.8.1893, † 5.11.1966) aus Hofheim-Marxheim, SPD-Kreistagsabgeordneter von 1928-1929 und von 1931-1933, der mit dem Verbot der Gewerkschaften im Mai 1933 seinen Arbeitsplatz als Gewerkschaftsangestellter beim Verband der Eisenbahner verlor. Er wurde ständig überwacht und 1933 und in den folgenden Jahren mehrmals in Schutzhaft genommen. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde auch er wie viele bekannte Gegner des NS-Regimes ohne konkrete Verdachtsgründe für mehrere Wochen in Schutzhaft genommen. Dem Schicksal vieler Mitgefangenen, die anschließend in ein KZ überführt wurden, konnte er vermutlich nur auf dem Gnadenweg entkommen: Sein einziger Sohn war kurze Zeit vorher als Soldat an der Ostfront gefallen.

Bei der letzten Kreistagswahl am 12. März 1933, die vor der Auflösung der Kreistage durch die Nazis stattfand, wurde Wilhelm Holzapfel aus Bad Soden für die SPD in den Kreistag gewählt. Er wurde am 25. Juni 1933 zusammen mit Heinrich Dosse verhaftet, weil sie im Verdacht standen, sich weiterhin regelmäßig mit Parteigenossen zu treffen. Auf Grund eines ärztlichen Attestes wurde er nach zwei Tagen wieder entlassen. Im Oktober 1933 wurde er aber wegen „staatsfeindlicher Einstellung“ von der Konsumgenossenschaft Höchst entlassen.

Insgesamt gab es also vor und nach der Zeit des Nazi-Regimes sechs Kreistagsabgeordnete der SPD, die als Gegner der Nazis verfolgt wurden, nämlich Joseph Krämer, Peter Nida, Heinrich Weiss, Wilhelm Holzapfel, Heinrich Dosse und Albert Hild.

Landrat Wilhelm Apel zog im Jahr 1944 in seine thüringische Heimat, in die Stadt Zella-Mehlis. Dort setzten ihn die Sowjets nach der Befreiung 1945 als Bürgermeister ein. Als sie die Gleichschaltung von SPD und KPD immer stärker betrieben und Sozialdemokraten verfolgten, floh Wilhelm Apel im Herbst 1945 in den Westen nach Frankfurt, wo er 1960 im Alter von 87 Jahren verstarb. Zu seinem 80. Geburtstag am 14.2.1953, 20 Jahre nach seiner Amtsenthebung als Landrat des Main-Taunus-Kreises durch die Nazis, erhielt Wilhelm Apel das Bundesverdienstkreuz, überreicht von seinem Sohn Wilhelm Apel jr., der inzwischen „Beauftragter des Landes Hessen beim Bund“ geworden war, also ein Amt inne hatte, das von 2000 bis 2006 mit dem Titel eines Staatsministers Jochen Riebel, CDU, vorher Landrat des Main-Taunus-Kreises, begleitete.



Landrat a. D. Wilhelm Apel am 80. Geburtstag am 14. Februar 1953

mit Frau und den Söhnen Wilhelm Apel jr. (links) und Paul Apel

Demokratischer Neubeginn

Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft wurde das politische Leben auch im Main-Taunus-Kreis zunächst durch die amerikanische Besatzungsmacht gesteuert, die durch die NS-Zeit unbelastete Persönlichkeiten in die politischen Ämter einsetzte. Dr. Walter Weber (* 13.10.1886, † 25.5.1966) wurde so 1945 kommissarischer Landrat. Der parteilose Magistratsassessor aus Höchst war 1920 Bürgermeister von Oberlahnstein geworden und später von den Nazis durch sein politisches Verhalten als einer ihrer Gegner angesehen. Deshalb stimmten sie bei seiner Wiederwahl 1932 gegen ihn und er wurde im November 1933 seines Amtes enthoben. Danach lebte er in Hofheim, wurde aber auch dort bis 1945 von der NSDAP überwacht. Zum Stellvertreter Dr. Webers bestimmten die Amerikaner Heinrich Weiss, SPD, aus Hofheim-Marxheim. Dr. Walter Weber legte im Juni 1946 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Landrat nieder.



Heinrich Weiss wurde in der Nachkriegszeit einer der prägenden Kommunal- und Landespolitiker des Kreises. In 4 Kommunalwahlen von 1948 bis 1960 war er Spitzenkandidat der SPD, von 1948 bis 1956 ehrenamtliches Mitglied des Kreisausschusses und von 1956 bis 1960 als (ehrenamtlicher) Erster Kreisbeigeordneter wieder Stellvertreter des Landrates.

Heinrich Weiss, Hofheim-Marxheim

Kreistagsabgeordneter 1928 bis 1929, 1931 bis 1933, Mitglied des Kreisausschusses 1946 bis 1960.

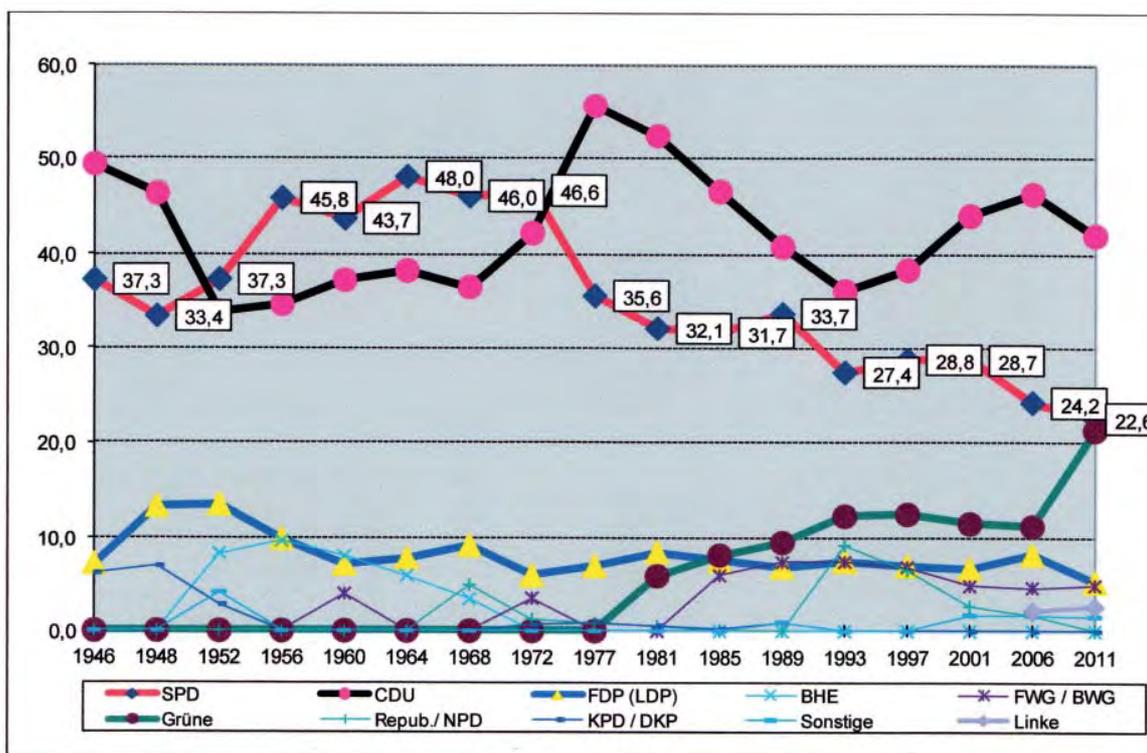
Nach der Kommunalwahl 1960 legte er sein Mandat als Kreistagsabgeordneter nieder, um sich auf seine Aufgaben als Landtagsabgeordneter zu konzentrieren: Seit der 1. Landtagswahl in Groß-Hessen am 1. 12. 1946 vertrat er bis zu seinem Tod am 5. 11. 1966 als direkt gewählter Abgeordneter den Main-Taunus-Kreis fast fünf Wahlperioden im Hessischen Landtag.

Die erste Kreistagswahl nach der Nazi-Diktatur fand am 28. April 1946 statt, bei der die Parteien SPD, CDU, LDP und KPD kandidierten. Spitzenkandidat der SPD war Heinrich Weiss, gefolgt von Adam Treber aus Hochheim, der dort von den Amerikanern als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt worden war. Wie berichtet gehörte er zu dem Kreis der illegalen SPD um Paul Apel. Adam Treber wurde am 3. Oktober 1935 verhaftet, zu Gefängnis verurteilt und wurde am 2. Mai 1938 vorzeitig entlassen. Zur Gruppe um Paul Apel gehörte auch Heinrich Dosse aus Bad Soden, der ebenfalls verhaftet und 1936 zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Bei der ersten Kreistagswahl kandidierte er auf Platz 12 der SPD-Liste. Der mit Heinrich Weiss, Adam Treber und Heinrich Dosse verbundene Hinweis auf die antifaschistische Tradition der Partei, war eine der Botschaften, mit der die SPD die Wähler bei dieser Wahl zu gewinnen suchte.

Das Wahlergebnis war für sie eher enttäuschend: Die erstmals kandidierende CDU verfehlte mit 49,4% nur knapp die absolute Mehrheit; die SPD erhielt nur 37,3% der Stimmen. Da die LDP (7,2%) und KPD (6,1%) das damals geltende Quorum von 15% nicht erreichten, waren im 1. Kreistag nach dem Krieg nur CDU mit 18 und SPD mit 13 Abgeordneten vertreten. Im Vergleich zu der vorhergehenden, letzten regulären Wahl 1929 hatte sich an den politischen „Lagern“ im Kreis nichts wesentliches geändert: Das bürgerliche Lager erreichte knapp 57%, aber mit dem großen Unterschied zu früher, dass es der CDU gelungen war, die vorher zersplitterten bürgerlichen Parteien und Interessengruppen fast ganz auf sich zu vereinen.

Das Wahlergebnis war für sie eher enttäuschend: Die erstmals kandidierende CDU verfehlte mit 49,4% nur knapp die absolute Mehrheit; die SPD erhielt nur 37,3% der Stimmen. Da die LDP (7,2%) und KPD (6,1%) das damals geltende Quorum von 15% nicht erreichten, waren im 1. Kreistag nach dem Krieg nur CDU mit 18 und SPD mit 13 Abgeordneten vertreten. Im Vergleich zu der vorhergehenden, letzten regulären Wahl 1929 hatte sich an den politischen „Lagern“ im Kreis nichts wesentliches geändert: Das bürgerliche Lager erreichte knapp 57%, aber mit dem großen Unterschied zu früher, dass es der CDU gelungen war, die vorher zersplitterten bürgerlichen Parteien und Interessengruppen fast ganz auf sich zu vereinen.

Als erster Landrat wurde Dr. Joseph Wagenbach, CDU gewählt, der sein Amt am 1. Juli 1946 antrat und nach zwei Wiederwahlen, 1948 und 1954, es bis Ende Mai 1966 fast 20 Jahre ausübte. Bei der Kreistagswahl 1948 blieb die CDU stärkste Fraktion. In den folgenden 6 Wahlen von 1952 bis 1972 wurde sie aber von der SPD überflügelt. Die Wahlergebnisse der Kreistagswahlen von 1946 bis zur letzten im Jahr 2011 sind in der folgenden Tabelle und im Schaubild dargestellt



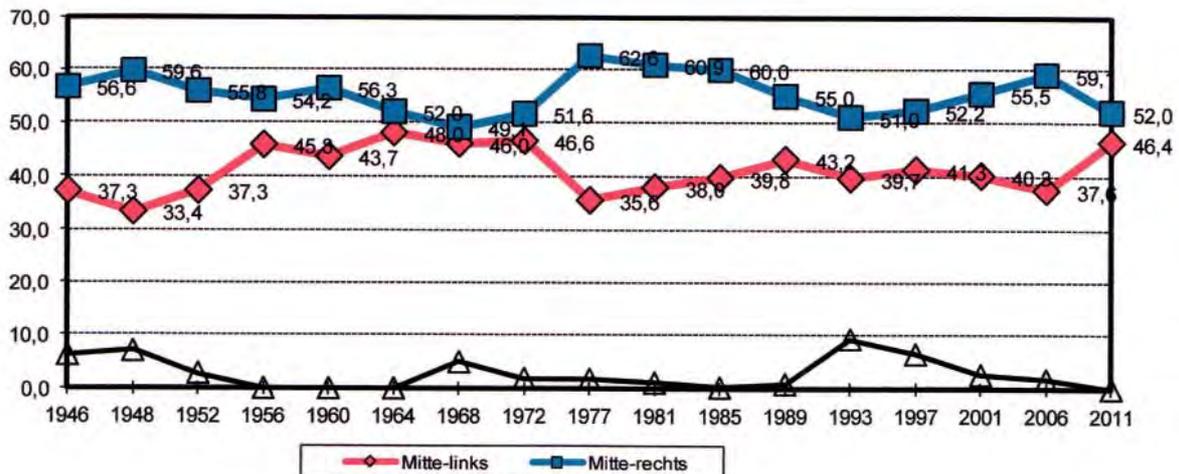
Kreistagswahlergebnisse 1946 - 2011

Von den insgesamt 19 Wahlperioden – einschließlich der 2 demokratisch gewählten in der Weimarer Zeit und der jetzigen – war oder ist die SPD acht und die CDU elf Perioden die stärkste Fraktion im Kreistag, das Gesamtergebnis zeigt also Vorteile für die CDU. Ihr bisher bestes Ergebnis erreichte die SPD 1964 – Landrat Dr. Wagenbach war noch im Amt – mit 48,0% der Stimmen gegenüber 37,3% für die CDU.

Die Grafik zeigt aber auch, dass sich die SPD von dem dramatischen Wahlverlust bei der Kommunalwahl 1977, der fast überall in Hessen eingetreten ist und vorwiegend bundes- und landespolitische Ursachen hatte, bisher nicht wieder erholt hat. Nach der für die sozial-liberale Koalition im Oktober 1976 gewonnenen Bundestagswahl sorgte die Opposition mit der Behauptung einer „Rentenlüge“ und der Kritik an der Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Stimmung gegen die SPD. In Hessen herrschte vielerorts noch Unmut über die Folgen der Gebietsreform von 1972-1977, deren Nachteile für einzelne Kommunen vor allem der in Wiesbaden regierenden SPD angelastet wurden. Außerdem nutzte die CDU die sozial-liberale Bildungspolitik in Hessen zur Polarisierung. Als Verteidigerin des herkömmlichen dreigliedrigen Bildungssystems polemisierte sie gegen Gesamtschulen und Förderstufen (im Main-Taunus-Kreis seit 1. August 1976 obligatorisch) als „sozialistische Einheitsschulen“.

Für die längerfristige Betrachtung informativer werden die Wahlergebnisse durch die Gruppierung der Parteien in ein bürgerliches und „linkes“ Lager, wobei links- und rechtsradikale Parteien, d. h. KPD, DKP, NPD und Republikaner ausgenommen werden, ebenso sonstige, nur kurzzeitig auftretende Parteien. Über die Zuordnungen kann man sicher streiten, aber hier werden zum bürgerlichen Lager die Parteien

CDU, FDP bzw. früher LDP, BHE (1952-1968) und FWG (ab 1985) bzw. BWG (nur 1960) gerechnet, zum „linken“ Lager SPD und Grüne (ab 1981). Im heutigen Sprachgebrauch wird man von Mitte-Rechts-Parteien an Stelle von bürgerlichen Parteien sprechen und von Mitte-Links-Parteien an Stelle von linken.



Vergleich linkes und rechtes Lager

Diese Darstellung zeigt, dass sich die in der Weimarer Zeit begonnene Entwicklung in der Bundesrepublik fortgesetzt hat: Die SPD hatte im Kreis bisher nie eine strukturelle Mehrheit, sondern war immer auf Koalitionspartner aus dem bürgerlichen Lager angewiesen. Die zahlenmäßigen Ergebnisse der Kreistagswahlen von 1946-2001 sind in Prozent der Wählerstimmen in der folgenden Tabelle dargestellt:

Wahltermin	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2001	2006	2011
Wahlbeteiligung		86,0	82,9	81,4	83,6	82,2	78,8	82,7	78,6	75,4	75,3	78,7	72,4	65,1	55,0	47,2	49,9
SPD	37,3	33,4	37,3	45,8	43,7	48,0	46,0	46,6	35,6	32,1	31,7	33,7	27,4	28,8	28,7	24,2	22,6
CDU	49,4	46,3	33,9	34,7	37,3	38,2	36,5	42,2	55,7	52,4	46,5	40,8	36,2	38,4	44,0	46,2	41,9
FDP (LDP)	7,2	13,4	13,6	9,9	7,1	7,8	9,2	6,0	7,0	8,5	7,5	6,8	7,4	7,0	6,7	8,2	5,2
BHE	0,0	0,0	8,3	9,6	8,0	5,9	3,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
FWG / BWG	0,0	0,0	0,0	0,0	4,0	0,0	0,0	3,5	0,0	0,0	5,9	7,4	7,4	6,9	4,8	4,6	4,9
Grüne	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,9	8,1	9,5	12,3	12,5	11,5	11,2	21,3
Repub./ NPD	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,9	1,2	0,8	0,5	0,0	0,0	9,2	6,4	2,6	1,7	0,0
KPD / DKP	6,1	6,9	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,9	0,6	0,2	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	0,0	0,0	4,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,0	0,0	1,7	1,6	1,5
Linke																2,1	2,6

Ergebnisse der Kreistagswahlen im Main-Taunus-Kreis von 1946-2011 in Prozent

Diese Wahlergebnisse führten von 1946 bis 2011 zu folgenden Sitzverteilungen im Kreistag des Main-Taunus-Kreises:

Wahltermin	1946	1948	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1977	1981	1985	1989	1993	1997	2001	2006	2011
SPD	13	13	16	19	19	23	26	28	26	26	26	28	22	23	23	20	19
CDU	18	17	14	14	17	18	21	25	40	43	38	33	29	31	36	37	34
FDP (LDP)		5	5	4	3	3	5	3	5	7	6	6	6	6	6	7	4
BHE			3	3	3	2											
FWG											5	6	6	6	4	4	4
Grüne									5	6	8	10	10	9	9	17	
Republikaner													8	5	2	1	
KPD		2															
dfb															1	1	1
Linke																2	2
Sitze gesamt	31	37	38	40	42	46	52	56	71	81	81	81	81	81	81	81	81

Sitzverteilung im Kreistag des Main-Taunus-Kreises von 1946 bis 2016



Bei der Kreistagswahl 1948 wurden für die SPD erstmals zwei Frauen in den Kreistag gewählt: Elisabeth Jakobi aus Flörsheim und Sophie Heller aus Hofheim. Elisabeth Jakobi, geb. Dienst, von Beruf Hausfrau wurde schon 1946 Gemeindevertreterin in Flörsheim und vertrat dort die SPD bis 1977 in verschiedenen Funktionen in den kommunalen Gremien, als Mitglied des Gemeindevorstandes bzw. des Magistrats oder als Stadtverordnete. In den Kreistag wurde sie bis zur Wahl 1972 immer wiedergewählt bis sie im Mai 1973 nach 25 Jahren Mitgliedschaft ausschied. Wegen ihrer vielfältigen kommunalpolitischen Verdienste trägt in Flörsheim eine Straße ihren Namen. Der SPD-Ortsverein Flörsheim hat einen für besonderes bürgerschaftliches Engagement vergebenen Preis nach ihr benannt.

Elisabeth Jakobi, Flörsheim

Kreistagsmitglied von 1948 bis 1973.

Nachdem die SPD bei der Kreistagswahl 1952 mit 37,3% der Stimmen stärkste Fraktion geworden war, wurde Hermann Schmitt aus Vockenhausen im Alter von 29 Jahren zum ersten Kreistagsvorsitzenden des Main-Taunus-Kreises gewählt; vorher war der Landrat in Personalunion auch Kreistagsvorsitzender. Hermann Schmitt war in der vorhergehenden Wahlperiode von 1948 bis 1952 schon Mitglied des Kreisausschusses geworden und blieb fast 25 Jahre lang Vorsitzender des Kreistages. Er wurde auch dadurch zu einer der prägenden Persönlichkeiten der Kreispolitik. Er nannte sich ab 1960 nach seinem Geburtsort Schmitt-Vockenhausen, mit der einprägsamen Abkürzung HSV. 1953 wurde er als Direktkandidat des



Wahlkreises Groß-Gerau/Main-Taunus für die SPD in den Bundestag gewählt, wo er von 1969 bis zu seinem frühen Tod im August 1979 einer der Vizepräsidenten des Bundestages war. Er blieb bis zu seinem Tod Mitglied des Kreistages.

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, Bad-Soden

Kreistagsvorsitzender von 1952 bis 1977,
Mitglied des Kreisausschusses 1948 bis 1952,
Mitglied des Kreistages 1952 bis 1979.

Landrat Dr. Wagenbach, CDU wurde 1954 für 12 Jahre wiedergewählt und blieb bis Ende Mai 1966 im diesem Amt, obwohl die SPD auch bei den Kommunalwahlen 1956, 1960 und 1964 deutlich die stärkste Fraktion im Kreistag wurde.

Sozial-liberale Koalition im Kreis

Bei der Kommunalwahl 1964 errang die SPD ihr bisher bestes Wahlergebnis im Main-Taunus-Kreis, verfehlte mit 48,0 % der Wählerstimmen die absolute Mehrheit im Kreistag nur knapp, stellte aber mit 23 von 46 Abgeordneten die Hälfte der Kreistagsabgeordneten. Auch die folgenden zwei Kommunalwahlen 1968 und 1972 führten zum gleichen Ergebnis: Die SPD errang mit 26 von 52 bzw. mit 28 von 56 jeweils die Hälfte der Sitze im Kreistag. Es war deshalb konsequent, dass 1966 mit Dr. Valentin Jost (* 16.2.1920, † 17.5.2007) ein SPD-Kandidat als Nachfolger von Landrat Wagenbach gewählt wurde. Er trat sein Amt am 1. Juni 1966 an und blieb 11½ Jahre bis zum 31. Dezember 1977 Landrat des Main-Taunus-Kreises.



Dr. Valentin Jost

Landrat des Main-Taunus-Kreises von 1966 bis 1977

Politisch geprägt war seine Amtszeit durch die engere Zusammenarbeit von SPD und FDP, da die SPD zwar die mit Abstand stärkste Fraktion stellte, aber auf einen Koalitionspartner angewiesen war. Nach Vorläufern in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin war 1966 in Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Heinz Kühn eine sozial-liberale Koalition im größten Flächenstaat gebildet worden, der im Oktober 1969 die SPD-FDP-Koalition im Bund folgte, 1970 die in Hessen. Insofern lag die sozial-liberale Koalition im Main-Taunus-Kreis, die 1974 durch die Wahl des Ersten (hauptamtlichen) Kreisbeigeordneten Wolfgang Knoll, FDP, bestärkt wurde, im politischen Trend der Zeit. Sie endete im Kreis mit der dramatischen Wahlniederlage der SPD bei der Kommunalwahl 1977, bei der die CDU die absolute Mehrheit errang.

In der Amtszeit von Landrat Jost wurde die Struktur der Schullandschaft des Main-Taunus-Kreises so geprägt wie sie weitgehend auch heute noch existiert. Dabei war er, der für die Schulorganisation und für den Schulbau verantwortliche Dezernent. Durch das Hessische Schulverwaltungsgesetz vom Mai 1969 ging die Trägerschaft für die Grund- und Hauptschulen von den Städten und Gemeinden ab 1. Januar 1970 auf den Kreis über. Dadurch wurden nicht nur schulorganisatorische Änderungen erforderlich, sondern in relativ kurzer Zeit auch der Bau von acht neuen Grundschulen im Kreis. Eine Ursache für den wachsenden Bedarf an Schulen war auch das rasante Bevölkerungswachstum im Main-Taunus-Kreis: Von 1966 bis 1976 stieg die Einwohnerzahl im (alten) Kreisgebiet von rund 162.000 auf 221.000 um 37%! Im Herbst 1970 wurden die Kerschensteiner-Schule in Schwalbach, die Steinberg-Schule in Hofheim und die Max-von-Gagern-Schule in Kelkheim eröffnet. 1971 folgten zwei weitere neue Grundschulen in Eschborn und Kelkheim, 1973 drei weitere in Eppstein-Bremthal, Hattersheim-Eddersheim und Hofheim-Langenhain.

Um nach den Zielen der SPD-geführten Landesregierung mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen, mussten auch wesentlich mehr weiterführende Schulen geschaffen werden. Zum Beginn der Amtszeit von Landrat Jost gab es im Kreisgebiet nur das Gymnasium in Hofheim mit 660 Schülern sowie die Realschule und die Kreisberufsschule in Hofheim. Im Herbst 1967 wurde die Friedrich-Ebert-Schule in Schwalbach als Grund-, Haupt- und Realschule eröffnet. 1971 wurde mit dem Bau von zunächst vier Gesamtschulen der Sekundarstufe I (Klasse 5 bis 10) begonnen, die durch Fertigbauweise schon zum Schuljahresbeginn 1972/73 eröffnet werden konnten: Die Heinrich-von-Kleist-Schule in Eschborn, die Heinrich-Böll-Schule in Hattersheim, die Heinrich-von-Brentano-Schule in Hochheim und die Eichendorff-Schule in Kelkheim. Es folgten zwei weitere Gesamtschulen in Kelkheim-Fischbach und Kriftel (Weingartenschule). Ab dem Schuljahresbeginn 1975/76 wurde die Graf-Stauffenberg-Schule in Flörsheim als additive Gesamtschule geführt.

In Sulzbach entstand ab November 1967 das zweite Kreisgymnasium (Eichwaldschule, heute: Mendelssohn-Bartholdy-Schule) und in Hofheim der erste Bauabschnitt der gymnasialen Oberstufe in den Brühlwiesen (heute: Main-Taunus-Schule), der zu Schuljahresbeginn 1977 eröffnet wurde. Der Bau der gymnasialen Oberstufe in Schwalbach (heute: Albert-Einstein-Schule) wurde im März 1977 begonnen, in die später die Oberstufenklassen des Gymnasiums in Sulzbach verlegt wurden.



Landrat Jost bei der Grundsteinlegung für den Neubau der Gymnasialen Oberstufe in Schwalbach (heute: Albert-Einstein-Schule) am 4. März 1977

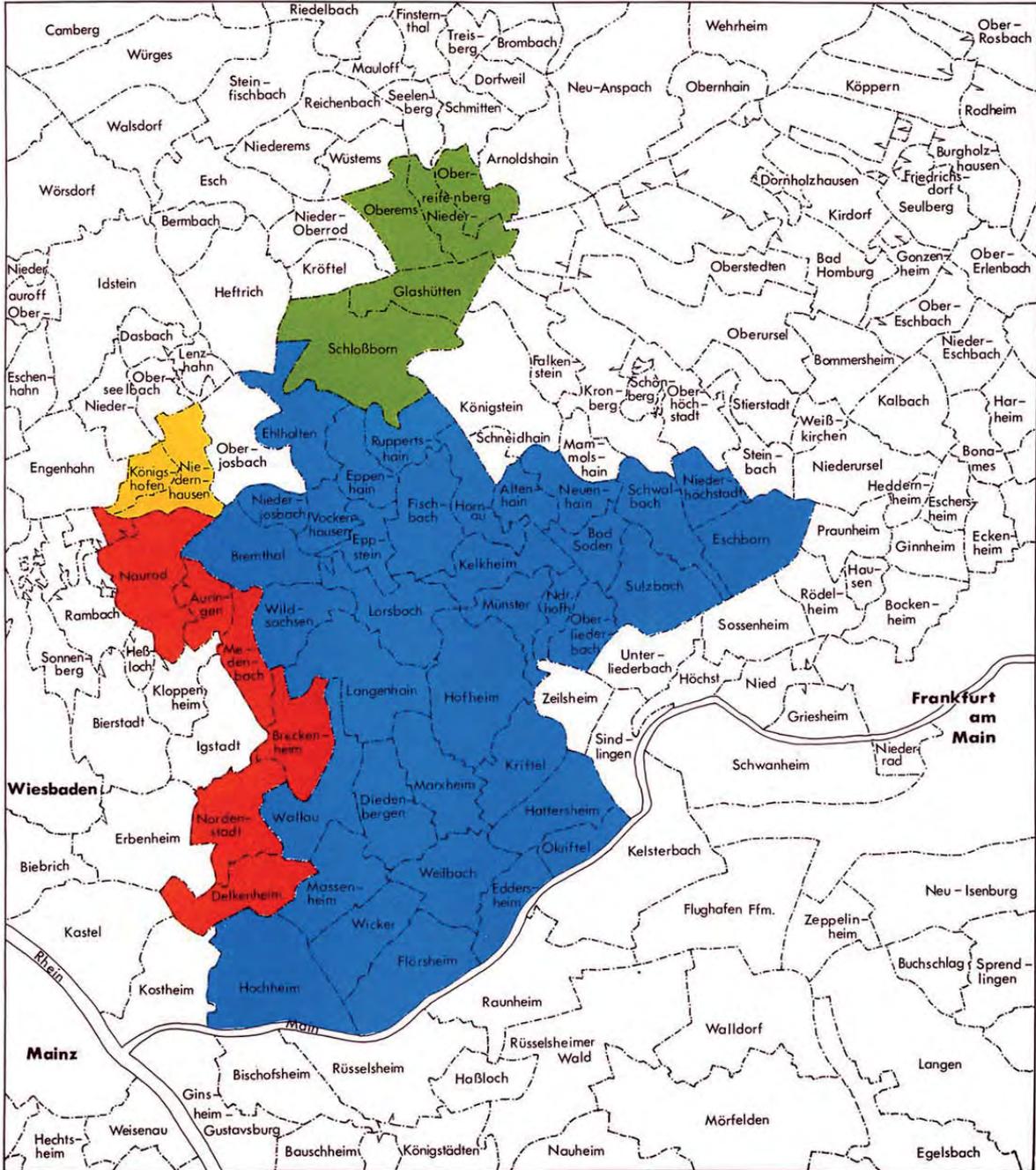
dahinter von links: Roland Petri, SPD, Bürgermeister von Schwalbach, Kreistagsvorsitzender Schmitt-Vockenhausen und Norbert Winterstein, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

Auch das Bildungsangebot an den beruflichen Schulen in Hofheim wurde durch die Einrichtung eines beruflichen Gymnasiums und einer Fachoberschule erweitert und das Raumangebot vergrößert. Schließlich entstanden in Flörsheim und Hofheim zwei neue Sonderschulen des Kreises, die Ende 1969 bzw. 1972 eingeweiht wurden. Von 1966 bis Ende 1976 investierte der Kreis rund 263 Millionen DM in Schulbaumaßnahmen. Wenn man von einer Bildungsoffensive reden will, dann wäre dieser Begriff für die Schulentwicklung des Main-Taunus-Kreises in der Amtszeit von Landrat Jost sicher angebracht. Nie zuvor und danach wurden im Kreis so viele Schulen „auf der grünen Wiese“ neu gebaut als in dieser Zeit.

Die Kliniken des Main-Taunus-Kreises sind mit ihren heutigen Standorten auch in der Amtszeit von Landrat Jost entstanden. Damals waren sie als Eigenbetriebe des Kreises noch direkt der finanziellen Verantwortung des Kreistages unterstellt. Die Grundsatzentscheidungen zum Bau eines neuen Kreiskrankenhauses im Eichwald von Bad Soden waren schon 1964 getroffen worden. Die Entscheidung zum Baubeginn im September 1966 fiel aber erst unter Landrat Jost. Nach dreieinhalb Jahren konnte der Bau im März 1970 seiner Bestimmung übergeben werden. Das bisherige Kreis Krankenhaus in Eppstein wurde geschlossen. Ab dem 1. Januar 1974 übernahm der Kreis das städtische St. Marien Krankenhaus von Hofheim in seine Trägerschaft. Seitdem bestehen die Kliniken des Kreises als eine Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit mit den beiden Standorten Bad Soden und Hofheim.

In der Amtszeit von Valentin Jost wurde im Rahmen einer großen Gebietsreform in Hessen auch über den Fortbestand des Main-Taunus-Kreises entschieden. Dabei waren sich alle Parteien des Kreistages darin einig, dass der Kreis erhalten bleiben soll. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre wurde in der ganzen Bundesrepublik die Bildung größerer Verwaltungseinheiten gefordert. Städte wie Frankfurt und Wiesbaden wollten sich wie in den 1920er Jahren vergrößern. Deshalb wurde auch die Aufteilung des Kreises auf die umliegenden Gebietskörperschaften erwogen. Dem Einsatz aller Fraktionen im Kreistag, insbesondere aber der politisch Handelnden, wie Landrat Jost, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Winterstein und dem Kreistagsvorsitzenden Schmitt-Vockenhausen, ist es zu danken, dass es nicht dazu kam. Bei der SPD-FDP-Koalition in Wiesbaden hat es als Argument für den Erhalt des Main-Taunus-Kreises (vorsichtig formuliert) sicher auch nicht geschadet, dass am 25. Juni 1974 erstmals ein hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter gewählt wurde, nämlich Wolfgang Knoll von der FDP.

Am 26. Juni 1974 beschloss der Landtag das Gesetz, das den Bestand des Kreises bis in die Gegenwart sicherte. Ohne Zugeständnisse an die Nachbarn ging aber auch diese Gebietsreform nicht von statten: Glashütten und Reifenberg wechselten 1972 zum Hochtaunuskreis, 1977 Niedernhausen zum Rheingau-Taunus-Kreis sowie Auringen, Breckenheim, Delkenheim, Medenbach, Naurod und Nordenstadt nach Wiesbaden, wie der folgenden Karte zu entnehmen ist.



MAIN-TAUNUS-KREIS. Gebietsminderungen im Zuge der Gebietsreform

- Main-Taunus-Kreis ab 1. 1. 1977
- ab 1. 8. 1972 zum Hochtaunuskreis
- ab 1. 1. 1977 zur kreisfreien Stadt Wiesbaden
- ab 1. 1. 1977 zum Rheingau-Taunus-Kreis

„Gebietsabtretungen“ des Main-Taunus-Kreises 1972-1977

an den Hochtaunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis
und die Stadt Wiesbaden.

Kreispolitik mit wechselnden Mehrheiten

Durch die Kommunalwahl im Jahr 1989 verschoben sich die politischen Gewichte im Kreis: Die CDU verlor gegenüber der Wahl 1985 fünf von vorher 38 Sitzen im Kreistag und damit die CDU-FDP-Koalition ihre Mehrheit. SPD und Grüne hatten jeweils zwei Sitze gewonnen, die Freien Wähler (FWG) einen Sitz. Da die FWG keine feste Koalition eingehen wollte, insbesondere nicht mit der FDP, kam ihr Modell der wechselnden Mehrheiten zum Tragen. Da der Landrat und die beiden hauptamtlichen Kreisbeigeordneten neu zu wählen waren, wählten CDU, SPD und FWG gemeinsam Jochen Riebel, CDU, zum Landrat, Gerd Mehler, SPD, zum Ersten Kreisbeigeordneten und Werner Emde, FWG, zum weiteren Kreisbeigeordneten. Dadurch war die SPD ab 1. Januar 1990 erstmals seit dem Ausscheiden von Dr. Valentin Jost als Landrat 1977 wieder im hauptamtlichen Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises vertreten. Bemerkenswert ist, dass Gerd Mehler schon von 1977 bis 1981 für die SPD ehrenamtliches Mitglied des Kreisausschusses war.



Gerd Mehler, Erster Kreisbeigeordneter von 1990 bis 1996

Kreistagsabgeordneter 1972 bis 1977 und 1981 bis 1989,
ehrenamtliches Mitglied des Kreisausschusses 1977 bis 1981.

Gerd Mehler erhielt die Zuständigkeit für Soziales, Jugend, Umwelt, Abfallwirtschaft, Energie und Verkehr. Er konnte in diesen Bereichen wesentliche Akzente setzen, die dauerhafte Auswirkungen auf die Entwicklung des Main-Taunus-Kreises hatten. Die Einrichtungen für alte Mitmenschen und für Behinderte wurden wesentlich ausgebaut. Für Jugendliche wurden die Beratungs- und Präventionsangebote erweitert. Die Zuständigkeiten für die Umwelt wurden in der Kreisverwaltung in einem eigenen Amt gebündelt und neue Akzente gesetzt, z. B. eine kreisweite Biotop-Vernetzung geplant. Zur nachhaltigen Erhaltung und Bewirtschaftung der Streuobstwiesen wurde 1992 mit Beteiligung des Kreises der Verein „Main-Taunus-Streuobst e. V.“ gegründet.

Auch das Energieberatungszentrum in Hattersheim (ebz) begann in seiner Amtszeit 1991 damit, den Kreis, die Kommunen, Gewerbe und Private bei Maßnahmen zur Energieeinsparung zu unterstützen. Als Geschäftsführer der Gründungsgesellschaft für den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) hatte Gerd Mehler wesentlichen Anteil an der Entstehung des RMV, aber auch an der Entwicklung der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft (MTV). Für den Kreis wurde unter Mehler erstmals ein Radverkehrsplan entwickelt und 1992 vorgestellt.

Unter seiner Federführung wurde 1990 die Main-Taunus-Recycling GmbH (MTR) gegründet, die im Umfeld der Deponie Wicker Anlagen zur Bauschutttaufbereitung, Wertstoffsartierung und Kompostierung von Bioabfall errichtete und ein Kraftwerk zur Verwertung von Deponiegas baute. 1995 wurde aus dem Eigenbetrieb für die Abfallentsorgung des Kreises, die Rhein-Main-Deponie GmbH (RMD) gebildet, um die 1990 begonnene Sanierung und Rekultivierung der Deponie mit privatwirtschaftlichen Mitteln fortzusetzen. Nach seinem Ausscheiden als Erster Kreisbeigeordneter 1996 wurde Gerd Mehler Geschäftsführer der RMD und der MTR und hat bis heute maßgeblich dazu beigetragen, dass die Deponie Wicker zum Rhein-Main-Deponiepark weiterentwickelt wurde. Dieser ist mit einem Biomassekraftwerk, Photovoltaik-Anlagen, sowie einem Deponiegas- und einem Biogaskraftwerk zum größten Standort für „Erneuerbare Energien“ im Rhein-Main-Gebiet geworden.

Starke Opposition

In der Nachkriegszeit blieb die „Regierungszeit“ der SPD im Main-Taunus-Kreis, ihre Beteiligung am hauptamtlichen Kreisausschuss, auf die Zeit von 1966 bis 1977 mit Landrat Dr. Valentin Jost und von 1990 bis 1996 mit dem Ersten Kreisbeigeordneten Gerd Mehler beschränkt. Nach der Kommunalwahl 1993, bei der die Republikaner mit acht Sitzen in den Kreistag einzogen, bildete sich aus CDU, FDP und FWG eine neue „bürgerliche“ Koalition, die Hans-Jürgen Hielscher, FDP, als Nachfolger von Gerd Mehler wählte. Er ist seit 1. April 1996 Erster Kreisbeigeordneter. Auch die folgenden Kommunalwahlen bis 2011 führten zu keiner Konstellation, bei der die SPD als Koalitionspartner gebraucht wurde. Sie hat aber ihre Rolle als Opposition angenommen und versucht, mit Nachdruck ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen und Gegenentwürfe zur Politik der Mehrheitsparteien zu entwickeln. Um den Rahmen dieser Darstellung der Geschichte der SPD-Fraktion nicht zu sprengen, sei dies nur an zwei Beispiele erläutert:

Der Kreistag hatte im Juli 1984 mit den Stimmen von CDU und FDP den Bau des neuen Kreishauses auf dem Hochfeld in Hofheim nach einem Leasing-Modell beschlossen, bei dem ein privater Investor, die Main-Taunus-Kreishaus GbR, nach den Wünschen des Kreises das Kreishaus zu einem Festpreis baute und danach für mindestens 30 Jahre zu festgelegten Konditionen vermietete. Die SPD hat schon damals mit Zahlen belegt, dass diese Finanzierungsform den Kreis wesentlich mehr kosten wird als ein kreditfinanzierter Bau in Eigenregie. Deshalb hat sie den Kreishaus-Vertrag, den Landrat Dr. Löwenberg, CDU, ausgehandelt hatte, zusammen mit den Grünen abgelehnt. Nach der Einweihung des Kreishauses (heute Landratsamt) 1987 forderte die SPD schon 1989 und 1990 Verhandlungen mit dem Investor aufzunehmen, mit dem Ziel, den teuren Leasing-Vertrag aufzulösen und das Kreishaus dem Investor abzukaufen. Diese Forderung blieb ohne Erfolg, ebenso im Jahr 1996. Erst unter Landrat Riebel, CDU, (ab 1990) setzte sich bei der CDU langsam die Erkenntnis durch, dass der Leasing-Vertrag zu Lasten des Kreises abgeschlossen worden war. U. a. konnte der Investor die Kreishausmiete bei steigenden Kreditzinsen erhöhen, brauchte sie bei fallenden Zinsen aber nicht zu vermindern. Ein von allen Parteien unterstützter Versuch des Kreises, eine Mietreduzierung wegen gefallener Kreditzinsen gerichtlich durchzusetzen, scheiterte 2002. Am Ende war es dann Landrat Gall, CDU, der 2005 den Kauf des Kreishauses für 87 Millionen Euro mit dem Investor aushandelte. Beim Bau des Kreishauses hatte der Investor 84 Millionen DM (= ca. 43 Millionen Euro) für Bau-, Bauneben- und Zwischenfinanzierungskosten ausgegeben. Es ist unstrittig, dass der Kreis am Kreishaus einen zweistelligen Euro-Millionenbetrag gespart hätte, wenn er schon 1984 dem Votum der SPD gefolgt wäre.

Ein weiteres Beispiel für das „Bohren dicker Bretter“ in der Opposition liefert das Thema Energieeinsparung. Schon 1988 hatte die SPD im Kreistag die Schaffung einer Energieberatungsstelle bei der Kreisverwaltung beantragt, was damals von der CDU-FDP-Mehrheit abgelehnt wurde. Diese Stelle sollte die „sparsame, rationelle und umweltverträgliche Energienutzung“ beim Kreis, den Städten und den Gemeinden voranbringen und Bürgerinnen und Bürger des Kreises dabei beraten. Erst als Gerd Mehler 1990 Erster Kreisbeigeordneter geworden war, wurde im Sinne dieses Antrages 1991 das Energieberatungszentrum (ebz) in Hattersheim als Verein gegründet, das inzwischen auch die laufende Kontrolle und Überwachung des Energie-, Strom- und Wasserverbrauchs der Gebäude des Kreises und vieler Kommunen übernommen hat und Vorschläge zur Einsparung ausarbeitet. 1991 beantragte die SPD, dass dem Kreistag – von 1992 beginnend – ein jährlicher Energiebericht über Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauch der kreiseigenen Gebäude vorzulegen sei. Auch dieser Antrag wurde damals von einer CDU-FDP-FWG-Mehrheit abgelehnt. In Zeiten wechselnder Mehrheiten im Kreistag stimmte dann eine SPD-Grüne-FWG-Mehrheit im Dezember 1992 dem inhaltlich gleichen Antrag zu. Es dauerte aber noch bis 2001, dass der Kreistag im Sinne des Antrages über den Energieverbrauch informiert wurde. 2012 wurde erstmals ein umfassender Energiebericht vorgelegt, der auch die Entwicklung über einen längeren Zeitraum darstellt. Nach Aussage des Kreisausschusses liefert er jetzt „die Grundlagen für ein energiepolitisches Leitbild und ein dann darauf aufbauendes Energiekonzept“ für den

Main-Taunus-Kreis. Im Zeichen der Energiewende hat der ursprüngliche SPD-Antrag also noch eine beachtliche Aufwertung erfahren.

Dass die politischen Verhältnisse im Main-Taunus-Kreis nicht unabänderlich nur zu „bürgerlichen“ Mehrheiten führen müssen, zeigt die Entwicklung in den Kommunen des Kreises. In den 1980er Jahren gab es im Main-Taunus-Kreis nur noch einen SPD-Bürgermeister: Adi Schubert in Hattersheim. In diesem Jubiläumsjahr 2013 sind es fünf amtierende SPD-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises (von zwölf insgesamt), nämlich Gisela Stang, Hofheim (seit 2001, Wiederwahl 2007 und 2013), Michael Antenbrink, Flörsheim (seit 2006, Wiederwahl 2012), Christiane Augsburger, Schwalbach (seit 2008, Wiederwahl 2014), Renate Wolf, Sulzbach (seit 2010) und Antje Köster, Hattersheim (seit 2010). Alle sind zusammen mit den ehemaligen Bürgermeistern Hans Franssen (Hattersheim) und Harald Schindler (Hochheim) in der SPD-Kreistagsfraktion vertreten – so viele SPD-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wie nie zuvor.



SPD-Kreistagsfraktion im Sommer 2011

von links nach rechts: Nancy Faeser, Antje Köster, Arno Müller, Swen Klingelhöfer (Geschäftsführer der Fraktion), Renate Wolf, Christiane Augsburger, Dr. Barbara Grassel, Hans Franssen, Ursula Eilmes, Gisela Stang, Adolf Kannengiesser, Daniela Paul, Michael Antenbrink, Manuel Schiewe, Gerd Elzenheimer, Horst Ackermann (verdeckt), Karl Thumser, Harald Schindler, Dr. Philipp Neuhaus, Julia Ostrowicki.

Quellen

Publikationen:

- Apel, Wilhelm: Der Kreis Höchst am Main jetzt und nach dem Ausscheiden der Landgemeinden Griesheim, Nied, Schwanheim und Sossenheim sowie der Stadt Höchst a. M. aus dem Kreisverbande. Höchst a. M., 18. 6. 1927.
- Beier, Gerhard: Arbeiterbewegung in Hessen. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1985.
- Bölts, Reinhard A.: Main-Taunus-Porträts. Ein hessischer Landkreis im Ballungsraum Rhein.Main. Neuenhain i. Ts., 1976.
- Henche, Albert (Hrsgb.): Der ehemalige Landkreis Wiesbaden. Ein Heimatbuch. Wiesbaden, 1930.
- Jost, Valentin (Hrsgb.): Main-Taunus-Almanach 1967+1968. Frankfurt-Höchst 1968.
- Jost, Valentin (Hrsgb.): Main-Taunus-Almanach '77. Frankfurt-Höchst 1977.
- Koch, Rainer: Der Main-Taunus-Kreis von 1928 bis zur Gebietsreform. Vortrag im Kreishaus am 1. 4. 2003 und Frankfurter Rundschau, Lokalteil R5, 11. 4. 2003, Seite 42.
- Lengemann, Jochen: Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsgebenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.-11. Wahlperiode. Frankfurt a. M., 1986.
- Nimitz, Hans-Joachim: Drehscheibe und Kreuzweg - Geschichte der Region. In: Menschen und Mächte, Geschichte und Geschichten zwischen Main und Taunus. Ein Erinnerungsbuch zum 75. Jahr des Bestehens der Kreissparkasse des Main-Taunus-Kreises 1911 bis 1986. Frankfurt-Höchst und Hofheim, 1986.
- Reuschling, Dieter: Politischer Widerstand und Verfolgung von NS-Gegnern im Main-Taunus-Kreis von 1932 bis 1945. Zwischen Main und Taunus, MTK-Jahrbuch 2005. Hofheim, 2004. S. 13-18.
- Reuschling, Dieter: Reichstagswahlen im Main-Taunus-Kreis während des Kaiserreiches (1871 – 1918). Zwischen Main und Taunus. Jahrbuch des Main-Taunus-Kreises 2006. Hofheim am Taunus, 2005, Seite 24-32.
- Reuschling, Dieter: 100 Jahre SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Hofheim a. T. 1908 bis 2008. Eine Dokumentation. Hofheim, 2008.
- Reuschling, Dieter: Peter Nida. 1884-1945. Gewerkschafter, sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, Widerstandskämpfer, Opfer der NS-Diktatur. Eine Dokumentation. 3. Auflage, Hofheim, 2012.
- Schiele, Werner: Auf roten Spuren. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Flörsheim, SPD-Ortsverein Flörsheim, 1988.
- Ulrich, Axel: Freiheit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924-1938. Frankfurt a. M., 1988.
- Wagenbach, Joseph: Neues Schaffen im Main-Taunus-Kreis. Frankfurt a. M.-Höchst, 1947.

Periodika:

- Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises
- Staats- und Kommunal-Adreß-Handbuch für den Regierungsbezirk Wiesbaden für 1912/13. Wiesbaden, 1912.
- Verwaltungsberichte des Kreisausschusses des Main-Taunus-Kreises für die Jahre 1928 bis 1935.

Tageszeitungen:

- Freie Presse, Höchst (bis 1933)
- Hochheimer Stadtanzeiger
- Höchster Kreisblatt
- Main-Taunus-Anzeiger, Hofheim (1946-1948)
- Rheinische Volkszeitung, Wiesbaden.
- Taunusbote, Bad Homburg
- Taunuszeitung, Kreiszeitung für den Kreis Königstein i. T.
- Volksstimme Wiesbaden (bis 1933)

Archivalien:

- Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 425
- Stadtarchiv Hofheim, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung.
- Niederschriften über die Sitzungen des Kreistages des Main-Taunus-Kreises und seiner Ausschüsse.

Internet:

- http://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Kohnstamm
- http://de.wikipedia.org/wiki/Sozial-liberale_Koalition

Festschriften aus dem SPD-Unterbezirk Main-Taunus

(in der Reihenfolge ihres Erscheinens)

- 85 Jahre SPD Eppstein (1900-1985). Festschrift zum Jubiläum 1985.
- Werner Schiele: Auf roten Spuren. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Flörsheim am Main. SPD-Ortsverein Flörsheim, 1988.
- Sozialdemokraten in Hattersheim - einst und jetzt -. Festschrift zum 90jährigen Jubiläum der SPD in Hattersheim. SPD-Ortsverein Hattersheim, 1988.
- 100 Jahre SPD Sulzbach/Taunus. SPD-Ortsverein Sulzbach, 1997.
- 100 Jahre Sozialdemokratie in Kriftel. Eine Sonderausgabe zum Jubiläum des SPD Ortsvereins Kriftel. Juli 1998.
- Siegfried Wurche: Der Vierte Stand in Eschborn. Über 100 Jahre Eschborner Arbeitergeschichte. SPD Eschborn am Taunus, 1999.
- Gerhard Beier: Wir stehen nicht am Ende der sozialen Demokratie, wir fangen erst richtig an! Festrede zum 125jährigen Bestehen der Kelkheimer Sozialdemokratie am 30. 11. 1999. Sonderausgabe der Kronberger Bogenpresse. Kronberg, 1999.
- 110 Jahre SPD Hofheim. Sonderausgabe des Mitgliederblattes des SPD-Ortsvereins Hofheim, September 2002.
- 100 Jahre SPD Ortsverein Schwalbach 1905 - 2005. Schwalbach a. T., 2005.
- Dieter Reuschling: 75 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Main-Taunus-Kreises 1928-2003. Eine Dokumentation. 2. Auflage, Hofheim, 2007.
- Dieter Reuschling: 100 Jahre SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Hofheim a. T. 1908 bis 2008: Eine Dokumentation. Hofheim, 2008.

Fotos und Bilder haben dankenswerterweise zur Verfügung gestellt: Heinz Apel, Wiesbaden; Ulf Dornauf, Kelkheim; Elcke Eirich, Hofheim; Frau Elsner, Bad Soden-Neuenhain; Robert Oerter, Flörsheim; Dr. Valentin Jost, Hofheim und Frau Schmitt-Vockenhausen, Bad Soden.

Anhang 1

SPD-Mitglieder im Kreistag und Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises von 1928 - 2013

Hinweise: Die folgenden Daten sind aus unterschiedlichen Quellen zusammengestellt worden, die z. T. unvollständig sind. Fehler oder fehlende Angaben können nicht ausgeschlossen werden.
Bis zur 8. Wahlperiode nach dem 2. Weltkrieg (1972-1977) sind auch die Vertreter aus den Gemeinden berücksichtigt, die durch die Gebietsreform vom ursprünglichen Main-Taunus-Kreis abgetrennt wurden.

1. SPD-Kreistagsfraktion nach der Bildung des Main-Taunus-Kreises

Nach der Bildung des Main-Taunus-Kreises am 1. 4. 1928 fand die 1. Kreistagswahl am 10. Juni 1928 statt. Die SPD wurde mit 35,1% der Stimmen stärkste Fraktion und erhielt 9 Sitze im Kreistag, der aus 26 Abgeordneten bestand.

Für die SPD wurden gewählt:

1	Wenzel	Jakob	Geschäftsführer	Bad Soden
2	Schwarz	Andreas	Schiffer	Flörsheim
3	Dornauf	Georg	Direktor	Kelkheim
4	Krauß	Johannes	Kassensekretär	Kriftel
5	Krämer	Joseph	Maurer	Hochheim
6	Bauer	Otto	Bürgermeister	Niederhöchstadt
7	Messer	Nikolaus	Kassenangestellter	Hofheim
8	Limbarth	August	Dachdecker	Naurod
9	Meister	Philipp	Schulhausmeister	Sulzbach

Die übrigen Sitze verteilten sich wie folgt:

Zentrum	7	(26,9% der Stimmen)
Bäuerliche Arbeitsgemeinschaft	4	(16,7%)
Liste Handwerk und Gewerbe	3	(10,9%)
KPD	1	(5,4%)
Demokraten (DDP)	1	(3,2%)
Evangelische Arbeitsgemeinschaft	1	(1,8%)

In den 6-köpfigen ehrenamtlichen Kreisausschuß wurden 2 SPD-Vertreter gewählt:

Jakob Wenzel, Bad Soden
Georg Dornauf, Kelkheim

Da das Kreistagsmitglied Johannes Krauß aus Kriftel am 16. 7. 1928 verstarb, rückten für ihn und die beiden ehrenamtlichen Mitglieder des Kreisausschusses von der SPD-Liste 3 Kandidaten in den Kreistag nach:

10	Weiss	Heinrich	Angestellter	Marxheim
11	Stöhr	Heinrich	Rentier	Schwalbach
12	Wilhelm	Jean	Landwirt	Niedernhausen

Der 1. Fraktionsvorsitzender war Jakob Wenzel, Bad Soden. Er verstarb während der Wahlperiode nach langem Krankenlager am 25. April 1929 in Höchst.

Quellen:

Freie Presse Höchst, 13. 6. 1928.
Main-Taunus-Kreis im Jahre 1928 (Verwaltungsbericht des Kreises).

2. Kreistagsfraktion nach der Bildung des Main-Taunus-Kreises

Wahlperiode 1929-1933

Die Wahl fand am 17. November 1929 statt.

Sitzverteilung:

SPD	9	(34,0% der Stimmen)
Zentrum	7	(25,0%)
DVP	1	(4,4%)
DDP	1	(3,2%)
KPD	1	(4,5%)
Landvolkpartei	2	(9,5%)
Ev. Volksgemeinschaft	1	(2,8%)
NSDAP	1	(2,5%)
Ver. Handwerk und Gewerbe	2	(8,6%)
Haus- und Grundbesitz	1	(4,1%)

SPD-Fraktion:

1	Dornauf	Georg	Direktor	Kelkheim
2	Nida	Peter	Gewerkschaftssekretär	Hattersheim
3	Hart	Adam	Gewerbetreibender	Flörsheim
4	Krämer	Josef	Maurer	Hochheim
5	Bauer	Otto	Bürgermeister	Niederhöchststadt
6	Becker	Adolf	Laborant	Hofheim
7	Limbarth	August	Dachdecker	Naurod
8	Meister	Philipp	Fräser	Sulzbach
9	Wilhelm	Jean	Maurer	Niedernhausen

Als Kreisdeputierter (Stellvertretender Landrat) wurde Georg Dornauf, Kelkheim am 18. 12. 1929 wiedergewählt. Außerdem wurde Josef Schauer, Marxheim, Bürgermeister und Landwirt, für das Zentrum zum Kreisdeputierten gewählt.

Am 18. 12. 1929 wurden auch 6 ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses gewählt, für die SPD 2, für das Zentrum 2, für die DVP 1 und für die „Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei“ 1.

Die KA-Mitglieder der SPD waren:

Hermann Altmeier, Bäckermeister, Flörsheim
Georg Dornauf, Direktor, Kelkheim

Georg Dornauf hat im April 1930 sein Mandat als Kreistagsabgeordneter niedergelegt.

Für ihn rückte in den Kreistag nach:

10	Stöhr	Heinrich	Privatier	Schwalbach
----	-------	----------	-----------	------------

Heinrich Stöhr verstarb am 21. 5. 1931; für ihn rückte in den Kreistag nach:

11	Weiss	Heinrich	Gewerkschaftsangestellter	Marxheim
----	-------	----------	---------------------------	----------

Quellen: Verwaltungsberichte des MTK für die Jahre 1929, 1930, 1931.

SPD-Kandidaten für die letzte Kreistagswahl

am Ende der Weimarer Republik

Wahltermin: 12. März 1933

Die Liste wurde von der SPD-Unterbezirkskonferenz des Main-Taunus-Kreises am Sonntag, dem 12. Februar 1933 in Höchst, Gasthof „Sonne“ beschlossen.

1	Dornauf	Georg	Schmied (Direktor)	Kelkheim
2	Nida	Peter	Fabrikarbeiter (Gewerkschaftssekretär)	Hattersheim
3	Holzapfel	Wilhelm	Kontrolleur	Bad Soden
4	Weiss	Heinrich	Angestellter (Dreher)	Marxheim
5	Schwarz	Andreas	Schiffer	Flörsheim
6	Göbel	Wilhelm	Lederarbeiter	Langenhain
7	Rosemeier	Wilhelm	Angestellter	Hofheim
8	Krämer	Josef	Arbeiter	Hochheim
9	Pohle	Friedrich	Schreiner	Eddersheim
10	Papst	Josef	Angestellter	Hattersheim
11	Graf	Heinrich	Schreiner	Eschborn
12	Schlüter	Heinrich	Bürgermeister	Diedenbergen
13	Limbarth	August	Dachdecker	Nauroth
14	Hild	Albert	Hilfsangestellter	Fischbach
15	Nisch	Ernst	Werkmeister	Kelkheim
16	Vinz	*	Arbeiter	Vockenhausen
17	Grützmacher	Peter	Arbeiter	Hattersheim
18	Gräf	Heinrich	Schlosser	Lorsbach
19	Fischer	Wilhelm	Dreher	Eppstein
20	Roth	Leonhard	Arbeiter	Langenhain

Die Kreistagswahl am 12. 3. 1933 wurde wie die Reichstagswahl eine Woche vorher von den Nazis noch durchgeführt, um den Schein der Legalität zu bewahren. Trotz massiver Behinderungen der anderen Parteien erreichte die NSDAP bei dieser Kreistagswahl nicht die absolute Mehrheit (41,2% und 11 von 26 Sitzen). Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 bekam sie im Reich 43,9% der Stimmen.

Zweitstärkste Partei im Kreistag wurde die Zentrumsparlei mit 23,3% der Stimmen und 6 Sitzen, gefolgt von der SPD mit 21,6% und ebenfalls 6 Sitzen.

Der neu gewählte Kreistag trat nur noch zweimal zusammen, u. a. um den Kreisausschuss zu wählen. Für die SPD wurde Georg Dornauf, Kelkheim nochmals in den Kreisausschuss gewählt. Der gewählte Kreistag und Kreisausschuss blieben aber nur noch kurze Zeit im Amt: Am 17. 7. 1933 wurden die Zuständigkeiten des Kreistages durch Gesetz auf den Kreisausschuss übertragen, der Kreistag damit aufgelöst. Im Oktober 1933 wurde auch der Kreisausschuss aufgelöst und durch einen kommissarischen Kreisausschuss ersetzt, der nur noch aus NSDAP-Mitgliedern bestand.

Quellen:

Höchster Kreisblatt, 14. 2. 1933, S. 5.

Verwaltungsbericht Main-Taunus-Kreis für das Kalenderjahr 1933 (Landrat Dr. Janke).

* Der Vorname war bis zum Redaktionsschluss leider nicht zu recherchieren.

1. SPD-Kreistagsfraktion nach dem 2. Weltkrieg

1. Wahlperiode 1946-1948

Die amerikanische Militärregierung setzte 1945 Dr. Weber als kommissarischen Landrat ein und Heinrich Weiss, SPD aus Hofheim-Marxheim als seinen Vertreter.

Die 1. Kreistagswahl nach dem Ende der Nazidiktatur fand am 28. April 1946 statt. Es kandidierten nur 4 Parteien: SPD, CDU, KPD und LDP. Die CDU verfehlte mit 49,4 % der Stimmen die absolute Mehrheit nur knapp. Zweitstärkste Partei wurde die SPD mit 37,3 % der Stimmen. KPD mit 6,1 % und LDP mit 7,2 % scheiterten an der damaligen 15 %-Hürde.

Im Kreistag erhielt die CDU 18, die SPD 13 der 31 Sitze.

SPD-Fraktion:

1	Weiss	Heinrich	Mechaniker	Hofheim-Marxheim
2	Treber	Adam	Gastwirt	Hochheim
3	Thomas	Willi	Landwirt	Flörsheim
4	Wilhelm	Jean	Bauunternehmer	Niedernhausen
5	Limbarth	August	Dachdecker	Naurod
6	Feih	Georg	Bürgermeister	Okriftel
7	Wollrab	Wilhelm	Gärtner	Eschborn
8	Pohle	Friedrich	Gewerbetreibender	Eddersheim
9	Metternich	Adolf	Sozialrentner	Hofheim
10	Brendel	Alois	Kraftfahrer	Reifenberg
11	Kaufmann	Fritz	Polsterer	Kelkheim
12	Dosse	Heinrich	Schreiner	Bad Soden
13	Kleber	Heinrich	Bürgermeister	Sulzbach

Zum Landrat wurde bei der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 19. Juni 1946 **Dr. Josef Wagenbach, CDU** gewählt, der bis dahin Landrat im Kreis Gießen war. Der SPD-Kandidat Heinrich Weiss erhielt 13 Stimmen. Der Landrat war damals in Personalunion auch Vorsitzender des Kreistages.

Im 6-köpfigen ehrenamtlichen Kreisausschuss erhielt die CDU 4, die SPD 2 Mitglieder:

Heinrich Weiss, Hofheim-Marxheim
Georg Feih, Okriftel

Später wurde Heinrich Weiss zum 1. Kreisdeputierten und damit Stellvertreter des Landrates gewählt. 2. Kreisdeputierter wurde Johann Fink, CDU aus Kelkheim.

Quelle: Main-Taunus-Anzeiger 11. 5. 1946 und 22. 6. 1946.

2. Wahlperiode (1948-1952) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 28. April 1948

Zahl der Sitze: 37

Sitzverteilung:	SPD 13 KPD 2	CDU 17	FDP 5
-----------------	-----------------	--------	-------

Kreistagsvorsitzender: Landrat Dr. Wagenbach, CDU

SPD-Fraktion:

1	Weiss	Heinrich	Unternehmer	Hofheim-Marxheim
2	Hild	Albert	Verw.-Angestellter	Hofheim
3	Dürnholz	Heinz	Architekt	Diedenbergen
4	Seemann	Alois	Angestellter	Bad Soden
5	Jakobi	Elisabeth	Hausfrau	Flörsheim
6	Feih	Georg	Bürgermeister	Okriftel
7	Dosse	Heinrich	Schreiner	Bad Soden
8	Hoffmann	Emil	Glasschleifer	Hofheim
9	Brendel	Alois	Angestellter	Reifenberg
10	Kleber	Heinrich	Bürgermeister	Sulzbach
11	Erdniss	Hermann	Fahrlehrer	Hofheim
12	Kaufmann	Fritz	Polsterer	Kelkheim
13	Heller	Sofie	Korrespondentin	Hofheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Josef Wagenbach, CDU

Kreisdeputierter (ehrenamtlich): Heinrich Weiss, Hofheim-Marxheim

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 4

davon SPD: Georg Feih, Okriftel

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

14	Wollrab	Wilhelm	Gärtner	Eschborn
15	Appel	Friedrich	Eisenbahner	Lorsbach

Quelle: Main-Taunus-Anzeiger 5. 5. 1948 u. 12. 6. 1948.

3. Wahlperiode (1952-1956) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 4. Mai 1952

Zahl der Sitze: 38

Sitzverteilung:	SPD 16 BHE 3	CDU 14	FDP 5
-----------------	-----------------	--------	-------

Kreistagsvorsitzender: Hermann Schmitt, SPD

SPD-Fraktion:

1	Weiss	Heinrich	Hofheim-Marxheim
2	Schmitt	Karl Hermann	Vockenhausen
3	Winterstein	Ladislaus	Hattersheim
4	Wollrab	Wilhelm	Eschborn
5	Jakobi	Elisabeth	Flörsheim
6	Schwartz	Herbert	Eschborn
7	Dosse	Heinrich	Bad Soden
8	Grossmann	Wilhelm	Hofheim
9	Luschberger	Franz	Hochheim
10	Kaufmann	Fritz	Kelkheim
11	Schaller	Karl	Eddersheim
12	Dorn	Christian	Naurod
13	Kleber	Heinrich	Sulzbach
14	Wagner	Wilhelm	Oberreifenberg
15	Gutt (senior)	Robert	Kriftel
16	Holste	Adolf	Niederhöchstadt

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Josef Wagenbach, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Dr. Theodor Brümmer, FDP

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 5

davon SPD: Heinrich Weiss, Hofheim-Marxheim
Wilhelm Wollrab, Eschborn

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

17	Wende	Erich	Vockenhausen
18	Seemann	Alois	Bad Soden

Quellen:

Höchster Kreisblatt 8. 5. 1952.

Main-Taunus-Kalender 1953.

Verwaltungsbericht des Main-Taunus-Kreises 1950-1961.

4. Wahlperiode (1956-1960) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 19. Oktober 1956

Zahl der Sitze: 40

Sitzverteilung:	SPD 19 BHE 3	CDU 14	FDP 4
-----------------	-----------------	--------	-------

Kreistagsvorsitzender: Hermann Schmitt, SPD

SPD-Fraktion:

1	Weiss	Heinrich	Mechaniker	Hofheim-Marxheim
2	Schmitt	Karl Hermann	Verlagsleiter	Vockenhausen
3	Winterstein	Ladislaus	Bürgermeister	Hattersheim
4	Wollrab	Wilhelm	Gartenmeister	Eschborn
5	Dorn	Christian	Bürgermeister	Naurod
6	Jakobi	Elisabeth	Hausfrau	Flörsheim
7	Dosse	Heinrich	Schreiner	Bad Soden
8	Grossmann	Wilhelm	Kaufm. Angestellter	Hofheim
9	Luschberger	Franz	Kaufm. Angestellter	Hochheim
10	Kral	Alfred	Städtischer Angestellter	Kelkheim
11	Schaller	Karl	Kaufm. Angestellter	Eddersheim
12	Kleber	Heinrich	Bürgermeister	Sulzbach
13	Wagner	Wilhelm	Schlosser	Oberreifenberg
14	Gutt	Robert	Rentner	Kriftel
15	Holste	Adolf	Versicherungsvertreter	Niederhöchststadt
16	Dahlem	Karl	Landwirt	Eschborn
17	Just	Gilbert	Bürgermeister	Bad Soden
18	Reinke	Karl	Verwaltungsangestellter	Sulzbach
19	Polk	Franz	Buchhalter	Neuenhain

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Josef Wagenbach, CDU

1. Kreisbeigeordneter (ehrenamtlich): Heinrich Weiss, SPD

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 5

davon SPD: Wilhelm Wollrab, Eschborn

Ladislaus Winterstein, Hattersheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion: Nicht bekannt.

Quellen:

Höchster Kreisblatt 28. 10. 1956.

Hofheimer Zeitung 2. 11. 1956.

5. Wahlperiode (1960-1964) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 23. Oktober 1960

Zahl der Sitze: 42

Sitzverteilung:	SPD 19 BHE 3	CDU 17	FDP 3
-----------------	-----------------	--------	-------

Kreistagsvorsitzender: Hermann Schmitt, SPD

SPD-Fraktion:

1	Weiss	Heinrich	Mechaniker	Hofheim-Marxheim
2	Schmitt	Hermann	Verlagsleiter	Vockenhausen
3	Winterstein	Ladislaus	Bürgermeister	Hattersheim
4	Dorn	Christian	Bürgermeister	Naurod
5	Wollrab	Wilhelm	Gärtner	Eschborn
6	Jakobi	Elisabeth	Hausfrau	Flörsheim
7	Schaller	Karl	Verw.-Angestellter	Eddersheim
8	Weyershäuser	Wilhelm	Schulrat	Neuenhain
9	Kleber	Willi	Schneider	Diedenbergen
10	Wolf	Waldemar	Schlosser	Hochheim
11	Wagner	Günter	Geschäftsführer	Bad Soden
12	Kleber	Heinrich	Bürgermeister	Sulzbach
13	Schuster	Ernst	Schreiner	Kelkheim
14	Fingerhut	Helmut	Obermagistr.-Direktor	Schwalbach
15	Winterstein	Norbert	Gerichtsreferendar	Hattersheim
16	Dahlem	Karl	Landwirt	Eschborn
17	Bauer	Heinrich	Mechaniker	Hattersheim
18	Reinke	Karl	Verw.-Angestellter	Sulzbach
19	Müller	Hans	Reg.-Inspektor	Hofheim

Fraktionsvorsitzender: Helmut Fingerhut, Schwalbach

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Josef Wagenbach

1. Kreisbeigeordneter (ehrenamtlich): Ladislaus Winterstein, Hattersheim, SPD

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 5

davon SPD: Willi Kleber, Diedenbergen

Karl Schaller, Eddersheim

Heinrich Weiss, Hofheim-Marxheim und Wilhelm Wollrab, Eschborn legten ihr Kreistagsmandat im Dezember 1960 nieder.

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

20	Gutt (Senior)	Robert	Rentner	Kriftel
21	Bube	Paul	Wirtschafts-Referent	Okriftel
22	Renner	Fritz	Bürgermeister	Ruppertsheim

Quellen:

Amtsblatt des MTK 29. 10., 9. 12. und 15. 12. 1960.

Verwaltungsbericht des Main-Taunus-Kreises 1950-1962.

6. Wahlperiode (1964-1968) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 25. Oktober 1964

Zahl der Sitze: 46

Sitzverteilung:	SPD 23 BHE 2	CDU 18	FDP 3
-----------------	-----------------	--------	-------

Kreistagsvorsitzender: Hermann Schmitt-Vockenhausen, SPD

SPD-Fraktion:

1	Schmitt-Vockenhausen	Hermann	Verleger	Bad Soden
2	Fingerhut	Helmut	Obermagistr.-Direktor	Schwalbach
3	Winterstein	Ladislaus	Bürgermeister	Hattersheim
4	Jakobi	Elisabeth	Hausfrau	Flörsheim
5	Dorn	Christian	Bürgermeister	Naurod
6	Dr. Schäfer	Erich	Oberregierungsrat	Hofheim
7	Schaller	Karl	Prokurist	Eddersheim
8	Weyerschäuser	Wilhelm	Kreisschulrat	Neuenhain
9	Kleber	Heinrich	Altbürgermeister	Sulzbach
10	Müller	Hans	Bürgermeister	Neuenhain
11	Winterstein	Norbert	Regierungsrat	Hattersheim
12	Wagner	Emil	Bürgermeister	Naurod
13	Wolf	Waldemar	Werkmeister	Hochheim
14	Schuster	Ernst	Schreiner	Kelkheim
15	Dahlem	Karl	Landwirt	Eschborn
16	Neidlinger	Willy	Polstermeister	Kriftel
17	Weber	Adam	Reg.-Oberinspektor	Wallau
18	Kleber	Willi	Schneider	Diedenbergen
19	Werner	Uschi	Hausfrau	Schwalbach
20	Reinke	Karl	Bürgermeister	Sulzbach
21	Heinrich	Otto	Rentner	Lorsbach
22	Bube	Paul	Verlagsdirektor	Okriftel
23	Briest	Heinrich	Gewerkschaftssekretär	Bad Soden

Fraktionsvorsitzender: Norbert Winterstein MdL, Hattersheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Josef Wagenbach, CDU. Ab 25. Mai 1966 Dr. Valentin Jost, SPD

1. Kreisbeigeordneter (ehrenamtlich): Helmut Fingerhut, SPD

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 5

davon SPD: Karl Schaller, Eddersheim (bis Oktober 1967)

Dr. Erich Schäfer, Hofheim (ab 2. 11. 1967)

Emil Wagner, Naurod

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

24	Klein	Karl	Schlosser	Eppstein
25	Flörsheimer	Wolfgang	Angestellter	Flörsheim
26	Schnorr	Alois	Bürgermeister	Hochheim

Quellen:

Amtsblatt des MTK 15. 10. 1964.

Main-Taunus-Almanach 1967+1968.

7. Wahlperiode (1968-1972) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 20. Oktober 1968

Zahl der Sitze: 52

Sitzverteilung: SPD 26 CDU 21 FDP 5

Kreistagsvorsitzender: Hermann Schmitt-Vockenhausen, SPD

SPD-Fraktion:

1	Schmitt-Vockenhausen	Hermann	Verleger	Bad Soden
2	Winterstein	Norbert	Bürgermeister	Hattersheim
3	Fingerhut	Helmut	Obermagistr.-Direktor	Schwalbach
4	Katzer	Elisabeth	Hausfrau	Niederhöhnstadt
5	Schnorr	Alois	Bürgermeister	Hochheim
6	Dr. Schaefer	Erich	Regierungsdirektor	Hofheim
7	Schuster	Ernst	Schreiner	Kelkheim
8	Flörsheimer	Wolfgang	kaufm. Angestellter	Flörsheim
9	Wehrheim	Hans-Georg	Bürgermeister	Eschborn
10	Franke	Rolf	Tankstellenbesitzer	Medenbach
11	Klein	Karl	Schlosser	Eppstein
12	Krönung	Hermann	Verwaltungsbeamter	Hofheim
13	Reinke	Karl	Bürgermeister	Sulzbach
14	Dr. Bohne	Jürgen	Oberstudienrat	Neuenhain
15	Wagner	Emil	Bürgermeister	Naurod
16	Neidlinger	Willy	Raumausstattermeister	Kriftel
17	Treber	Konrad	Bürgermeister	Okriftel
18	Bender	Hermann	Gewerkschaftssekretär	Bad Soden
19	Winterstein	Horst	Geschäftsführer	Hattersheim
20	Wolf	Waldemar	Werkmeister	Hochheim
21	Kleinstauber	Peter	Reg.-Assessor	Kelkheim
22	Kleber	Willi	Schneider	Diedenbergen
23	Klatt	Günter	Assessor	Eddersheim
24	Weber	Adam	Regierungsamtmann	Diedenbergen
25	Rückel	Fritz	Pressereferent	Hattersheim
26	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach

Fraktionsvorsitzender: Norbert Winterstein, Hattersheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Valentin Jost

1. Kreisbeigeordneter (ehrenamtlich): Adam Wagner, FDP

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 6

davon SPD: Elisabeth Katzer, Niederhöhnstadt

Dr. Erich Schäfer, Hofheim

Emil Wagner, Naurod

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

27	Müller	Robert	Chemielaborant	Sulzbach
28	Klettke	Gertrud	Hausfrau	Schwalbach
29	Burkhardt jun.	Albert	Autoschlosser	Oberreifenberg
30	Hartmann	Wilhelm	Bürgermeister	Delkenheim
31	Ickstadt	Paul	Kraftfahrer	Bremthal

Quelle:

Amtsblatt des MTK 7. 10. 1968.

Main-Taunus-Almanach 1977.

8. Wahlperiode (1972-1977) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 22. Oktober 1972

Zahl der Sitze: 56

Sitzverteilung:	SPD	28	CDU	25	FDP	3
-----------------	-----	----	-----	----	-----	---

Kreistagsvorsitzender: Hermann Schmitt-Vockenhausen, SPD

SPD-Fraktion:

1	Winterstein	Norbert	Bürgermeister	Hattersheim
2	Dr. Schmitt-Vockenhausen	Hermann	Verleger	Bad Soden
3	Jakobi	Elisabeth	Hausfrau	Flörsheim
4	Dr. Bohne	Jürgen	Oberstudiendirektor	Neuenhain
5	Wagner	Emil	Bürgermeister	Medenbach
6	Krönung	Hermann	Amtsrat	Hofheim
7	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
8	Wolf	Waldemar	Werkmeister	Hochheim
9	Wehrheim	Hans-Georg	Bürgermeister	Eschborn
10	Egner	Dieter	Chemielaborant	Kelkheim
11	Neu	Lothar	Rechtsanwalt	Niedernhausen
12	Sauer	Wilhelm	Geschäftsführer	Kriftel
13	Reinke	Karl	Bürgermeister	Sulzbach
14	Klein	Karl	Schlosser	Eppstein
15	Treber	Konrad	1. Stadtrat	Hattersheim
16	Dr. Winckler	Wolfgang	Angestellter	Hofheim
17	Giebitz	Josef	Beamter	Schwalbach
18	Winterstein	Horst	Geschäftsführer	Hattersheim
19	Hartmann	Wilhelm	Bürgermeister	Delkenheim
20	Ilbenthal	Willi	Realschullehrer	Eschborn
21	Bender	Hermann	Gewerkschaftssekretär	Bad Soden
22	Schroll	Heinz	Organisationsleiter	Hochheim
23	Mehler	Gerd	Industriekaufmann	Flörsheim
24	Ickstadt	Paul	Kraftfahrer	Bremthal
25	Beinhoff	Alfred	Geschäftsführer	Hofheim
26	Borns	Hubert	Angestellter	Eschborn
27	Twest	Rita	Graphikerin	Schwalbach
28	Schulz	Martin	Konrektor	Kelkheim

Fraktionsvorsitzender: Norbert Winterstein, Hattersheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Valentin Jost

1. Kreisbeigeordneter: Wolfgang Knoll, FDP (hauptamtlich ab 25. 6. 1974)

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 4

davon SPD: Dr. Jürgen Bohne, Neuenhain
Waldemar Wolf, Hochheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

29	Ortmann	Hans	Bürgermeister	Nordenstadt
30	Meier	Heinz-Otto	Gewerkschaftssekretär	Liederbach
31	Baumgarten	Maria	Angestellte	Hofheim
32	Peter	Fredi	Beamter	Wallau
33	Zöllner	Karl-Dieter	Studienrat	Hattersheim
34	Kleinsteuber	Peter	Oberregierungsrat	Bad Soden
35	Wolfram	Adam	Rentner	Rossert
36	Dr. von Hopffgarten	Peter	Staatswissenschaftler	Fischbach
37	Remmeke	Horst	Ingenieur	Kelkheim
38	Domscheit	Ralf	Dipl.-Ingenieur	Hofheim

Quelle: Amtsblatt des MTK 28. 9. 1972 u. 29. 12. 1976 und Main-Taunus-Almanach 1977.

9. Wahlperiode (1977-1981) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 20. März 1977

Zahl der Sitze: 71

Sitzverteilung:	SPD	26	CDU	40	FDP	5
-----------------	-----	----	-----	----	-----	---

Kreistagsvorsitzender: Dr. Hanns Großmann, CDU

SPD-Fraktion:

1	Winterstein	Norbert	Bürgermeister	Hattersheim
2	Dr. Schmitt-Vockenhausen	Hermann	Verleger	Bad Soden
3	Opitz	Ursula	Bankkauffrau	Liederbach
4	Dr. Bohne	Jürgen	Oberstudienreferendar	Bad Soden
5	Dr. Winckler	Wolfgang	Beamter	Hofheim
6	Wehrheim	Hans-Georg	Bürgermeister	Eschborn
7	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
8	Treber	Konrad	1. Stadtrat	Hattersheim
9	Mehler	Gerd	Student	Flörsheim
10	Grüneberg	Gerd	Studienreferendar	Kelkheim
11	Wolf	Waldemar	Beamter	Hochheim
12	Klein	Karl	Schlosser	Eppstein
13	Eckhard	Gerda	Hausfrau	Sulzbach
14	Winterstein	Horst	Geschäftsführer	Hattersheim
15	Schickling	Jakob	Architekt	Kriftel
16	Petri	Roland	Bürgermeister	Schwalbach
17	Peter	Fredi	Beamter	Hofheim
18	Bender	Hermann	Gewerkschaftssekretär	Bad Soden
19	Kiekheben-Schmidt	Veronika	Hausfrau	Eschborn
20	Faust	Ulrich	Ministerialrat	Hofheim
21	Borns	Hubert	Angestellter	Eschborn
22	Giebitz	Josef	Angestellter	Schwalbach
23	Matthäuser	Walter	Elektromeister	Kelkheim
24	Meier	Heinz-Otto	Gewerkschaftssekretär	Liederbach
25	Ickstadt	Paul	Kraftfahrer	Eppstein
26	Herbert	Heinrich	Werkmeister	Flörsheim

Fraktionsvorsitzender: Norbert Winterstein, Hattersheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Valentin Jost, SPD (bis 31. 12. 1977), Dr. Bernward Löwenberg, CDU (ab 1. 1. 1978)

1. Kreisbeigeordneter: Wolfgang Knoll, FDP

ab 24. 3. 1980 als weiterer hauptamtlicher Kreisbeigeordneter: Jürgen Nagel, CDU

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 6

davon SPD: Karl Klein, Eppstein

Gerd Mehler, Flörsheim

Dr. Wolfgang Winckler, Hofheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

27	Zöller	Karl-Dieter	Oberstudienrat	Hattersheim
28	Schroll	Heinz	Organisationsleiter	Hochheim
29	Baumgarten	Maria	Sozialreferentin	Hofheim

Quellen:

Amtsblatt des MTK 26. 2. 1977 u. a.

Main-Taunus-Almanach 1977.

10. Wahlperiode (1981-1985) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 22. März 1981

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	26	CDU	43	FDP	7	Grüne	5
-----------------	-----	----	-----	----	-----	---	-------	---

Kreistagsvorsitzender: Dr. Hanns Großmann, CDU

SPD-Fraktion:

1	Winterstein	Norbert	Bürgermeister	Hattersheim
2	Dr. Winckler	Wolfgang	Beamter	Hofheim
3	Kiekheben-Schmidt	Veronika	Hausfrau	Eschborn
4	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
5	Grüneberg	Gerd	Lehrer	Kelkheim
6	Treber	Konrad	Geschäftsführer	Hattersheim
7	Opitz	Ursula	Bankkauffrau	Liederbach
8	Mehler	Gerd	Dipl.-Volkswirt	Flörsheim
9	Klein	Karl	Rentner	Eppstein
10	Winterstein	Horst	Jurist	Hattersheim
11	Petri	Roland	Bürgermeister	Schwalbach
12	Walter-Möller	Ingrid	Lehrerin	Bad Soden
13	Faust	Ulrich	Ministerialrat	Hofheim
14	Schroll	Heinz	Organisationsleiter	Hochheim
15	Schönhaar	Herbert	Studiendirektor	Sulzbach
16	Zeitler	Ruth	Techn. Zeichnerin	Kriftel
17	Matthäuser	Walter	Elektromeister	Kelkheim
18	Reichert	Manfred	Rechtsanwalt	Eschborn
19	Kaufmann	Manfred	Betriebswirt	Hofheim
20	Ickstadt	Paul	Schlosser	Eppstein
21	Oerter	Robert	Werkmeister	Flörsheim
22	Steffes	Herbert	Versicherungskaufm.	Eschborn
23	Thumser	Karl	Beamter	Bad Soden
24	Ackermann	Horst	Lehrer	Kelkheim
25	Schreiber-Ahuja	Margarete	Übersetzerin	Schwalbach
26	Dr. Haindl	Erika	Kulturanthropologin	Hofheim

Fraktionsvorsitzender: Norbert Winterstein, Hattersheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Bernward Löwenberg, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Wolfgang Knoll, FDP

Kreisbeigeordneter: Jürgen Nagel, CDU

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 12

davon SPD: Paul Ickstadt, Eppstein Horst Ackermann, Kelkheim
 Elcke Eirich, Hofheim Konrad Treber, Hattersheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

27	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
28	Jehn	Otto	Dipl.-Pädagoge	Eschborn
29	Eirich	Elcke	Verwaltungsbeamter	Hofheim
30	Koenig	Rolf	Architekt	Hattersheim
31	Giebitz	Josef	Angestellter	Schwalbach
32	Lehming	Claus-Jürgen	Versicherungskaufm.	Kelkheim
33	Rompf	Erwin	kfm. Angestellter	Hofheim
34	Hechler	Karl-Heinrich		Kriftel
35	Münzinger	Wolfgang		Flörsheim
36	Diefenbach	Michael		Schwalbach
37	Beilstein	Johannes		Hochheim

Quellen: Amtsblatt des MTK 26. 2. 1981 u. a.

11. Wahlperiode (1985-1989) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 10. März 1985

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD 26	CDU 38	FDP 6	Grüne 6	FWG 5
-----------------	--------	--------	-------	---------	-------

Kreistagsvorsitzender: Dr. Hanns Großmann, CDU

SPD-Fraktion:

1	Mehler	Gerd	Dipl.-Volkswirt	Flörsheim
2	Kiekheben-Schmidt-Winterstein	Veronika	Dolmetscherin	Eschborn
3	Schubert	Alfred	Bürgermeister	Hattersheim
4	Dr. Winckler	Wolfgang	Ministerialrat	Hofheim
5	Opitz	Ursula	Bankkauffrau	Liederbach
6	Grüneberg	Gerd	Studienrat	Kelkheim
7	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
8	Zeitler	Ruth	Techn. Zeichnerin	Kriftel
9	Ickstadt	Paul	Schlosser	Eppstein
10	Kroonstuiver	Rosemarie	Studentin	Flörsheim
11	Thumser	Karl	Beamter	Bad Soden
12	Schulte	Luise	Kfm. Angestellte	Hofheim
13	Schönhaar	Herbert	Schulleiter	Sulzbach
14	Beilstein	Hans	Beamter	Hochheim
15	Treber	Konrad	Geschäftsführer	Hattersheim
16	Haubold	Lydia	Kfm. Angestellte	Eschborn
17	Ackermann	Horst	Studiendirektor	Kelkheim
18	Kaufmann	Manfred	Betriebswirt	Hofheim
19	Diefenbach	Michael	Volkswirt	Schwalbach
20	Oerter	Robert	Werkmeister	Flörsheim
21	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
22	Dr.-Ing. Reuschling	Dieter	Baudirektor	Hofheim
23	Jehn	Otto	Dipl.-Pädagoge	Eschborn
24	Möller	Bernd	Angestellter	Bad Soden
25	Hetzel	Friedrich	Systemplaner	Kelkheim
26	Faust	Ulrich	Ministerialrat	Hofheim

Fraktionsvorsitzender: Gerd Mehler, Flörsheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Bernward Löwenberg, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Wolfgang Knoll, FDP

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Ursula Opitz, Liederbach
 Paul Ickstadt, Eppstein
 Konrad Treber, Hattersheim
 Horst Ackermann, Kelkheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

27	Schreiber-Ahuja	Margarete	Übersetzerin	Schwalbach
28	Leiber	Christa	Hauswirtsch.-Leiterin	Hochheim
29	Münzinger	Wolfgang	Lehrerfortbilder	Flörsheim
30	Parian	Bernhard	Bürgermeister a. D.	Eppstein

Quellen: Amtsblatt des MTK 25. 3. 1985, 13. 5. 1985 u. a.

12. Wahlperiode (1989-1993) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 12. März 1989

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	28	CDU	33	FDP	6	Grüne	8	FWG	6
-----------------	-----	----	-----	----	-----	---	-------	---	-----	---

Kreistagsvorsitzender: Dr. Hanns Großmann, CDU

SPD-Fraktion:

1	Mehler	Gerd	Dipl.-Volkswirt	Flörsheim
2	Opitz	Ursula	Bankkauffrau	Liederbach
3	Schubert	Alfred	Bürgermeister	Hattersheim
4	Zeitler	Ruth	Konstrukteurin	Kriftel
5	Dr. Winckler	Wolfgang	Ministerialrat	Hofheim
6	Haubold	Lydia	Kfm. Angestellte	Eschborn
7	Faeser	Horst	Bürgermeister	Schwalbach
8	Mehrfeld	Jutta	Verwaltungsbeamtin	Hochheim
9	Ickstadt	Paul	Rentner	Eppstein
10	Herbert	Maria	Buchhalterin	Kelkheim
11	Thumser	Karl	Regierungsoberrat	Bad Soden
12	Dr. Reuschling	Gisela	Lehrerin	Hofheim
13	Schönhaar	Herbert	Studiendirektor	Sulzbach
14	Ackermann	Horst	Studiendirektor	Kelkheim
15	Treber	Konrad	Rentner	Hattersheim
16	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
17	Hahne	Anneliese	Lehrerin	Flörsheim
18	Parian	Bernhard	Pensionär	Eppstein
19	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
20	Kaufmann	Manfred	Betriebswirt	Hofheim
21	Birkert	Reinhard	Lehrer	Eschborn
22	Pitz	Doryth	Rektorin	Schwalbach
23	Walter	Andreas	Student	Bad Soden
24	Kroonstuiver	Rosemarie	Studentin	Flörsheim
25	Münzinger	Wolfgang	Oberstudienrat	Flörsheim
26	Dr.-Ing. Reuschling	Dieter	Baudirektor	Hofheim
27	Dallmer	Friederun	Betriebsrätin	Hattersheim
28	Schwendler	Michael	Student	Hochheim

Fraktionsvorsitzender: Gerd Mehler, Flörsheim

Kreisausschuss:

Landrat: Dr. Bernward Löwenberg, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Wolfgang Knoll, FDP

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Ursula Opitz, Liederbach Paul Ickstadt, Eppstein
 Konrad Treber, Hattersheim Horst Ackermann, Kelkheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

29	Hauff	Petra	Lehrerin	Kelkheim
30	Volz	Jürgen	Industriekaufmann	Liederbach
31	Nebel	Edgar	Lehrer	Hofheim
32	Hessemer	Stephanie	Industriekauffrau	Hattersheim
33	Groß	Ulrich	Angestellter	Kriftel

Quellen: Amtsblatt des MTK 20. 2. 1989 u. a.

13. Wahlperiode (1993-1997) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 7. März 1993

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	22	CDU	29	FDP	6	Grüne	10	FWG	6	Republikaner	8
-----------------	-----	----	-----	----	-----	---	-------	----	-----	---	--------------	---

Kreistagsvorsitzender: Karl-Heinz Koch, CDU

SPD-Fraktion:

1	Mehler	Gerd	Dipl.-Volkswirt	Flörsheim
2	Thumser	Karl	Regierungsdirektor	Bad Soden
3	Dr. Reuschling	Gisela	Lehrerin	Hofheim
4	Zeitler	Ruth	Konstrukteurin	Kriftel
5	Schubert	Alfred	Bürgermeister	Hattersheim
6	Oprach	Michael	Student	Schwalbach
7	Opitz	Ursula	Bankkauffrau	Liederbach
8	Hahne	Anneliese	Lehrerin	Flörsheim
9	Schindler	Harald	Bürgermeister	Hochheim
10	Ackermann	Horst	Studiendirektor	Kelkheim
11	Mehrfeld	Jutta	Verwaltungsbeamtin	Hochheim
12	Geist-Sehrt	Renate	Hausfrau	Eppstein
13	Birkert	Reinhard	Lehrer	Eschborn
14	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
15	Dr.-Ing. Reuschling	Dieter	Baudirektor	Hofheim
16	Schönhaar	Herbert	Studiendirektor	Sulzbach
17	Herbert	Maria	Buchhalterin	Kelkheim
18	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
19	Ickstadt	Paul	Rentner	Eppstein
20	Schwerzel	Gertrud	Buchhändlerin	Flörsheim
21	Nebel	Edgar	Lehrer	Hattersheim
22	Faeser	Nancy	Studentin	Schwalbach

Fraktionsvorsitzender: Alfred Schubert, Hattersheim

Kreisausschuss:

Landrat: Jochen Riebel, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Gerd Mehler, SPD

Kreisbeigeordneter: Werner Emde, FWG

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Ursula Opitz, Liederbach
 Paul Ickstadt, Eppstein
 Konrad Treber, Hattersheim
 Horst Ackermann, Kelkheim

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

23	Münzinger	Wolfgang	Oberstudienrat	Flörsheim
24	Walter	Andreas	Dipl.-Sozialpädagoge	Bad Soden
25	Moritz-Kiefert	Silvia	Büroangestellte	Hofheim
26	Parian	Bernhard	Bürgermeister a. D.	Eppstein
27	Hauff	Petra	Lehrerin	Kelkheim
28	Schwendler	Michael	Student	Hochheim
29	Tulatz	Hans-Günther	Richter	Hofheim

Quellen: Amtsblatt des MTK 15. 2. 1993 u. a.

14. Wahlperiode (1997-2001) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 2. März 1997

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	23	CDU	31	FDP	6	Grüne	10	FWG	6	Republikaner	5
-----------------	-----	----	-----	----	-----	---	-------	----	-----	---	--------------	---

Kreistagsvorsitzender: Mathäus Lauck, CDU

SPD-Fraktion:

1	Thumser	Karl	Regierungsdirektor	Bad Soden
2	Dr. Reuschling	Gisela	Dozentin	Hofheim
3	Oprach	Michael	Rechtsreferendar	Schwalbach
4	Faeser	Nancy	Rechtsreferendarin	Schwalbach
5	Schindler	Harald	Bürgermeister	Hochheim
6	Schubert	Alfred	Bürgermeister	Hattersheim
7	Opitz	Ursula	Bankkauffrau	Liederbach
8	Hahne	Anneliese	Lehrerin	Flörsheim
9	Ackermann	Horst	Studiendirektor	Kelkheim
10	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
11	Gärtner	Helmut	1. Stadtrat	Eschborn
12	Tsilifis	Christopher	kaufm. Angestellter	Schwalbach
13	Schwerzel	Gerti	Hausfrau	Flörsheim
14	Dr.-Ing. Reuschling	Dieter	Bauingenieur	Hofheim
15	Schönhaar	Herbert	Lehrer	Sulzbach
16	Moravetz	Petra	Lehrerin	Kelkheim
17	Walter	Andreas	Dipl.-Sozialpädagogin	Bad Soden
18	Müller	Norbert	Techniker	Kriftel
19	Birkert	Reinhard	Pädagogischer Leiter	Eschborn
20	Müller	Arno	Dipl.-Ingenieur	Eppstein
21	Nebel	Edgar	Lehrer	Hattersheim
22	Reiter-Mollenhauer	Rita	Beamtin	Hofheim
23	Volz	Jürgen	Betriebsleiter	Liederbach

Fraktionsvorsitzender: Karl Thumser, Bad Soden

Kreisausschuss:

Landrat: Jochen Riebel, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Gerd Mehler, SPD (bis 1999), ab 1999: Jürgen Hielscher, FDP

Kreisbeigeordneter: Werner Emde, FWG (bis 1999), ab 1999: Horst Breunig, FWG

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Ursula Opitz, Liederbach
 Horst Ackermann, Kelkheim
 Albert Stegmüller, Schwalbach

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

24	Stegmüller	Albert	Gewerkschaftssekretär	Schwalbach
25	Barth	Dorothea	Bibliothekarin	Kriftel
26	Tulatz	Hans-Günther	Richter	Hofheim
27	Dicke	Monika	Verw.-Angestellte	Sulzbach
28	Kiesel	Johanna	Dipl.-Kulturwissenschaft.	Eschborn
29	Franssen	Hans	1. Stadtrat	Hattersheim

Quellen: Amtsblatt des MTK 7. 2. 1997 u. a.

15. Wahlperiode (2001-2006) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Erstmals wurde nach dem neuen Kommunalwahlrecht mit der Möglichkeit zum Kummulieren und Panaschieren gewählt. Die Mitglieder der Fraktion sind in der Reihenfolge des Wahlergebnisses aufgeführt.

Wahltermin: 18. März 2001

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	23	CDU	36	FDP	6		
	Grüne	9	FWG	4	Republikaner	2	dfb	1

Kreistagsvorsitzender: Mathäus Lauck, CDU

SPD-Fraktion:

1	Thumser	Karl	Regierungsdirektor	Bad Soden
2	Franssen	Hans	Bürgermeister	Hattersheim
3	Schindler	Harald	Bürgermeister	Hochheim
4	Schubert	Alfred	Bürgermeister a. D.	Hattersheim
5	Dr. Reuschling	Gisela	Dozentin	Hofheim
6	Faeser	Nancy	Rechtsreferendarin	Schwalbach
7	Ackermann	Horst	Studiendirektor	Kelkheim
8	Hahne	Anneliese	Lehrerin	Flörsheim
9	Nebel	Edgar	Oberstudiendirektor	Hattersheim
10	Barth	Dorothea	Bibliothekarin	Kriftel
11	Dr.-Ing. Reuschling	Dieter	Bauingenieur	Hofheim
12	Kiesel	Johanna	Dipl.-Kulturwissenschft.	Eschborn
13	Birkert	Reinhard	Pädagogischer Leiter	Eschborn
14	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
15	Stegmüller	Albert	Rentner	Schwalbach
16	Jakobsmeier	Birte	Studentin	Kelkheim
17	Müller	Arno	Dipl.-Ingenieur	Eppstein
18	Winckler	Wolfgang	Stadtrat	Hofheim
19	Müller	Norbert	Techniker	Kriftel
20	Volz	Jürgen	Geschäftsführer	Liederbach
21	Stang	Gisela	Wiss. Mitarbeiterin	Hofheim
22	Ostrowicki	Julia	Dipl.-Verw.-Wirtin	Hofheim
23	Tsilifis	Christopher	Kaufmann	Schwalbach

Fraktionsvorsitzender: Karl Thumser, Bad Soden

Kreisausschuss:

Landrat: Berthold Gall, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Jürgen Hielscher, FDP

Kreisbeigeordneter: Michael Cyriax, CDU

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Dr. Gisela Reuschling, Hofheim
 Horst Ackermann, Kelkheim
 Albert Stegmüller, Schwalbach

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

24	Schönhaar	Herbert	Schulleiter i. R.	Sulzbach
25	Schnur	Matina	Studentin	Hattersheim
26	Walter	Andreas	Dipl.-Sozialpädagoge	Bad Soden
27	Berninghaus	Ute	Architektin	Bad Soden
28	Rohde	Fabian	Freier Journalist	Eppstein

Quellen: Höchster Kreisblatt 23. 3. 2001, Amtsblatt des MTK.

16. Wahlperiode (2006-2011) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 23. März 2006

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	20	CDU	37	FDP	7	FWG	4
	Grüne	9	Linke	2	dfb	1	Rep	1

Kreistagsvorsitzender: Mathäus Lauck, CDU

SPD-Fraktion:

Die Mitglieder der Fraktion sind in der Reihenfolge des Wahlergebnisses aufgeführt.

1	Thumser	Karl	Regierungsdirektor	Bad Soden
2	Faeser	Nancy	MdL, Rechtsanwältin	Schwalbach
3	Richter	Gerrit	Dipl. Volkswirt	Eschborn
4	Stang	Gisela	Bürgermeisterin	Hofheim
5	Franssen	Hans	Bürgermeister	Hattersheim
6	Ackermann	Horst	Schulleiter	Kelkheim
7	Schindler	Harald	Bürgermeister a. D.	Hochheim
8	Dr. Reuschling	Gisela	Dozentin i. R.	Hofheim
9	Nebel	Edgar	Lehrer	Hattersheim
10	Augsburger	Christiane	Erste Stadträtin	Schwalbach
11	Kiesel	Johanna	Verw. Angestellte	Eschborn
12	Neuhaus	Philipp	Student	Hattersheim
13	Schiewe	Manuel	Lagerist	Hattersheim
14	Setton	Hannelore	Hausfrau	Hattersheim
15	Stadler	Elke	Buchhalterin	Sulzbach
16	Ostrowicki	Julia	Dipl. Verwaltungswirtin	Liederbach
17	Schellheimer	Liane	Hausfrau	Hochheim
18	Müller	Arno	Dipl. Ingenieur	Eppstein
19	Winckler	Wolfgang	Stadtrat	Hofheim
20	Gees	Astrid	Rechtsanwältin	Flörsheim

Fraktionsvorsitzender: Karl Thumser, Bad Soden

Kreisausschuss:

Landrat: Berthold Gall, CDU

1. Kreisbeigeordneter: Jürgen Hielscher, FDP

Kreisbeigeordneter: Michael Cyriax, CDU

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Dr. Gisela Reuschling, Hofheim

Horst Ackermann, Kelkheim

Albert Stegmüller, Schwalbach

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

21	Langeler	Adriana	Krankenschwester	Kriftel
22	Eilmes	Ursula	Apothekerin	Liederbach
23	Paul	Daniela	Schülerin	Hattersheim
24	Pieper	Jens	Student	Eppstein
25	Torres	Denise	Erzieherin	Flörsheim
26	Antenbrink	Michael	Bürgermeister	Flörsheim

Quellen: Amtsblatt des MTK 11. April 2006 u. a.

17. Wahlperiode (2011-2016) des Kreistages des Main-Taunus-Kreises

Wahltermin: 27. März 2011

Zahl der Sitze: 81

Sitzverteilung:	SPD	19	CDU	34	FDP	4		
	Grüne	17	FWG	4	Linke	2	dfb	1

Kreistagsvorsitzender: Wolfgang Männer, CDU

SPD-Fraktion:

Die Mitglieder der Fraktion sind in der Reihenfolge des Wahlergebnisses aufgeführt.

1	Faeser	Nancy	Landtagsabgeordnete	Schwalbach
2	Thumser	Karl	Ministerialrat	Bad Soden
3	Stang	Gisela	Bürgermeisterin	Hofheim
4	Antenbrink	Michael	Bürgermeister	Flörsheim
5	Franssen	Hans	Bürgermeister i. R.	Hattersheim
6	Köster	Antje	Bürgermeisterin	Hattersheim
7	Schindler	Harald	Bürgermeister a. D.	Hochheim
8	Augsburger	Christiane	Bürgermeisterin	Schwalbach
9	Wolf	Renate	Bürgermeisterin	Sulzbach
10	Eilmes	Ursula	Apothekerin	Liederbach
11	Dr. Neuhaus	Philipp	Jurist	Hattersheim
12	Paul	Daniela	Studentin	Hattersheim
13	Ackermann	Horst	Schulleiter i. R.	Kelkheim
14	Kannengiesser	Adolf	Dipl.-Verwaltungswirt	Eschborn
15	Ostrowicki	Julia	Beamtin	Kelkheim
16	Müller	Arno	Dipl.-Ingenieur	Eppstein
17	Schiewe	Manuel	Lagerist	Hattersheim
18	Elzenheimer	Gerd	Math.-Techn. Assistent	Bad Soden
19	Dr. Grassel	Barbara	Rechtsanwältin	Hofheim

Fraktionsvorsitzender: Karl Thumser, Bad Soden

Kreisausschuss:

Landrat: Berthold Gall, CDU (bis 30. 9. 2011), Michael Cyriax, CDU (ab 1. 10. 2011)

1. Kreisbeigeordneter: Jürgen Hielscher, FDP (bis 31.3.2014), Wolfgang Kollmeier, CDU (ab 1.4.2014)

Kreisbeigeordneter: Michael Cyriax, CDU (bis 30. 9. 2011), Wolfgang Kollmeier, CDU (vom 1. 1. 2012 bis 31.3.2014),

Johannes Baron, FDP (ab 1.4.2014)

Ehrenamtliche Mitglieder des Kreisausschusses: 9

davon SPD: Elke Stadler, Sulzbach
 Horst Ackermann, Kelkheim
 Werner Moritz-Kiefert, Kriftel

Nachrücker in der SPD-Fraktion:

20	Winckler	Wolfgang	Stadtrat	Hofheim
21	Kenan	Nazim	Student	Eppstein
22	Tulatz	Alexander	Rechtsanwalt	Hofheim
23	Weber	Jessica	Auszubildende	Eppstein

Quellen: Amtsblatt des MTK 12. April 2011 u. a.

Anhang 2

SPD-Mitglieder im Kreistag des Main-Taunus-Kreises
die auch Mitglieder des Hessischen Landtages oder des
Bundestages waren oder sind.

Heinrich Weiss,

MdL 1946 - 1966

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen,

MdB 1953 - 1979

Ladislaus Winterstein,

MdL 1950 - 1954 und 1957 - 1958, MdB 1964

Norbert Winterstein,

MdL 1966 - 1970

Waldemar Wolf,

MdL 1970 - 1974

Horst Winterstein,

MdL 1976 - 1991

Veronika Winterstein,

MdL 1982 - 2003

Nancy Faeser,

MdL seit 2003

Erläuterung: Für die SPD-Kreistagsfraktion des Main-Taunus-Kreises ist bemerkenswert, dass von der ersten Wahlperiode nach dem Zweiten Weltkrieg an stets mindestens ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete des Hessischen Landtages oder des Bundestages in ihr vertreten war. Sie werden in dieser Anlage dokumentiert.

Heinrich Weiss

* 2.8.1893, † 5.11.1966

Kreistagsabgeordneter 1928 bis 1929, 1931 bis 1933, Mitglied des Kreisausschusses von 1946 bis 1960; dabei von 1946 bis 1948 und von 1956 bis 1960 als 1. (ehrenamtlicher) Kreisbeigeordneter.

Mitglied des Hessischen Landtages von 1946 bis 1966 (5 Wahlperioden)

Heinrich Weiss wurde 1893 in Frankfurt-Sindlingen geboren. Er erlernte das Handwerk eines Mechanikers und war nach der Lehre in mehreren Betrieben tätig. Schon mit 14 Jahren trat er 1907 in den Deutschen Metallarbeiter-Verband ein. Beim Ausbruch des 1. Weltkrieges trat er in die SPD ein. Von 1913 bis 1918 leistete er Militär- und Kriegsdienst und wurde schwerverwundet entlassen. Nach seiner Genesung arbeitete er in der Rüstungsindustrie bei Krupp in Essen und wechselte nach Kriegsende zur Eisenbahnwerkstätte Nied. Im Jahr 1919 wurde er dort zum Mitglied des Betriebsrates gewählt. 1923 wurde er Vorsitzender des Betriebsrates, später Mitglied des Bezirksbetriebsrates der Werkstätten-Direktion Frankfurt, ab 1926 dessen Vorsitzender. Ab 1930 wurde er Gewerkschaftsangestellter beim Einheitsverband der Eisenbahner. Als die Nazis die Gewerkschaften im Mai 1933 auflösten, wurde er entlassen und arbeitslos. Mit unternehmerischem Geschick gründete Heinrich Weiss im September 1933 in Marxheim ein Geschäft für Fahrräder und Gebrauchsgegenstände des Haushalts. Er legte die Meisterprüfung für das Kraftfahrzeug- und Tankstellengewerbe ab und gründete 1938 in der Bahnstraße in Marxheim eine Reparaturwerkstatt für Fahrräder und Motorräder mit einer angeschlossenen ESSO-Straßentankstelle.

Heinrich Weiss begann seine politische Tätigkeit für die SPD 1919 als Gemeindevertreter der damals noch selbständigen Gemeinde Marxheim. Ab 1931 bis zur Auflösung des Kreistages durch die Nazis 1933 war er auch Kreistagsabgeordneter des Main-Taunus-Kreises. Als Gewerkschafter und Sozialdemokrat stand er in der Nazi-Zeit unter ständiger Beobachtung und wurde durch die Gestapo mehrfach für vier bis sechs Wochen in Schutzhaft genommen (Mai/Juni 1933, August/September 1940, August/September 1943), zuletzt am 22. August 1944 im Rahmen der Verhaftungswelle „Aktion Gitter“ nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Dass er danach nicht wie viele andere in ein KZ überführt, sondern am 4. September 1944 wurde, hatte er wohl dem Umstand zu verdanken, dass sein einziger Sohn kurz zuvor an der Ostfront gefallen war.



Heinrich Weiss zwischen Dr. Erich Schäfer (links), Mitglied des Kreisausschusses und Ortsvereinsvorsitzenden von Hofheim und Dr. Tassilo Tröscher, dem damaligen Hessischen Landwirtschaftsminister.

(ca. 1962, Foto: Elcke Eirich)

Unmittelbar nach dem Krieg setzte er in der SPD sein politisches Engagement fort. Er wurde 1945 zunächst stellvertretender Landrat des Main-Taunus-Kreises und nach der 1. Kommunalwahl 1946 Kreisbeigeordneter und Stadtverordneter in Hofheim. Bei den ersten fünf Wahlen zum Kreistag des Main-Taunus-Kreises von 1946 bis 1960 war Heinrich Weiss jeweils der Spitzenkandidat der SPD. Für die 6. Wahlperiode (1964 bis 1968) kandidierte er nicht mehr. Am 1. Dezember 1946 wurde er als direkt gewählter Abgeordneter für den westlichen Main-Taunus-Kreis in den Hessischen Landtag gewählt. Er blieb über fast fünf Wahlperioden Landtagsabgeordneter und legte im August 1966 aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat nieder. Heinrich Weiss starb am 5. November 1966 im Alter von 73 Jahren.

Auch seine unternehmerische Tätigkeit setzte Heinrich Weiss nach 1945 fort. Unterstützt von seinem Schwiegersohn Bernhard Westenberger gründete er 1945 die Firma Opel-Weiss, die ab 1966 ihren Sitz in Kriftel hatte. In Zusammenarbeit mit der Esso AG eröffnete er 1951 an der damaligen Bundesstraße B40/54 (später Autobahn A66) den „Autohafen Main-Taunus“, der heute die Autobahnraststätte Weilbach. Die 1956 in Hofheim eröffnete Esso-Tankstelle „Taubusblick“ in der Elisabethenstraße geht auch auf seine Initiative zurück.

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

* 31.1.1923, † 2.8.1979

Mitglied des Kreisausschusses von 1948 bis 1952, Mitglied des Kreistages von 1952 bis zu seinem Tod 1979. Vorsitzender des Kreistages von 1952 bis 1977 (6 Wahlperioden).

Von 1953 bis zu seinem Tod Mitglied des Deutschen Bundestages als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Groß-Gerau/Main-Taunus. Von 1961 bis 1969 Vorsitzender des Innenausschusses, ab 1969 Vizepräsident des Bundestages.

Von 1950 bis 1970 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Main-Taunus.

Hermann Schmitt-Vockenhausen gehört sicher zu den herausragenden Kreispolitikern in der Geschichte des Main-Taunus-Kreises. Sein politisches Talent wurde früh erkannt. Schon im Alter von 25 Jahren entsandte die SPD ihn 1948 in den Kreisausschuss, mit 27 Jahren wurde er 1950 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Main-Taunus und blieb es rund 20 Jahre lang. 1952 wurde er Kreistagsabgeordneter und gleich danach mit 29 Jahren zum Vorsitzenden des Kreistages gewählt. Er blieb bis zur Kommunalwahl 1977 fast 25 Jahre lang Kreistagsvorsitzender.

Als Sohn eines Lehrers wurde Hermann Schmitt im heutigen Eppsteiner Stadtteil Vockenhausen geboren. Um Verwechslungen zu vermeiden, wurde sein Geburtsort ab 1960 auch amtlich als Namensergänzung verwendet, volkstümlich mit der Abkürzung „HSV“. Nach dem Abitur 1941 kam er zur Wehrmacht und erlebte den größten Teil der Kriegszeit in der „Etappe“ in Frankreich. Von 1947 bis 1950 studierte er Jura in Frankfurt a. M., leitete ab 1950 den Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg und wurde Inhaber von zwei weiteren Verlagen, die von seiner Frau Ruth geleitet wurden. Zeitlebens gab er als Beruf „Verleger“ an. 1967 wurde er mit einer Arbeit über Verwaltungsrecht promoviert.

Seine bundespolitische Karriere begann 1953 mit seiner Wahl zum Bundestagsabgeordneten als Direktkandidat im Wahlkreis 143 (Groß-Gerau/Main-Taunus-West). Bei insgesamt sechs Bundestagswahlen bis 1977 errang er jeweils das Direktmandat für diesen Wahlkreis. Von 1961 bis 1969 wurde er der Vorsitzende des wichtigen Innenausschusses des Bundestages, der in der Zeit der Großen Koalition für die damals heftig umstrittenen Notstandsgesetze zuständig war. Sie wurden im Mai 1968 trotz massiver Proteste der „außerparlamentarischen Opposition (Apo)“ und innerparteilicher Widerstände in der SPD vom Bundestag verabschiedet. Seine Haltung zu den Notstandsgesetzen führte u. a. dazu, dass er 1966 aus dem Vorstand des „linken“ SPD-Bezirks Hessen-Süd abgewählt wurde.

Hermann Schmitt-Vockenhausen wurde nach der Bundestagswahl 1969 Vizepräsident des Deutschen Bundestages und blieb es bis zu seinem Tod. Von 1972 bis zu seinem Tod war er auch Stadtverordneter in Bad Soden. Darüber hinaus übernahm er noch eine Reihe von öffentlichen Ämtern. Ab 1971 war er Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, ab 1973 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Er war Landesvorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Leiter der Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft und Vizepräsident des Rates der Gemeinden Europas. Es ist schwer vorstellbar, wie jemand dieses enorme Pensum an bundes-, kommunal- und parteipolitischen Terminen und Verpflichtungen sowie öffentlichen Ämtern bewältigen konnte und trotzdem stets den Eindruck vermittelte, überall präsent und jederzeit ansprechbar zu sein. Er kam in seinem Wahlkreis zu Festen der Feuerwehr, Gesangsvereinen oder SPD-Ortsvereinen, war bei Grundsteinlegungen, Schuleinweihungen oder Jubilarehrungen anwesend und erlangte so eine für einen Politiker ungewöhnliche Popularität.



**Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen (3. von rechts)
mit Vertretern der Kreistagsfraktion 1968-1972.**

von links: Waldemar Wolf, Rolf Franke, Horst Winterstein, Konrad Treber,
Norbert Winterstein, Hermann Krönung, Landrat Dr. Valentin Jost. (Foto Elcke Eirich)

Der SPD-Ortsverein Bad Soden hat ihm zu Ehren in Bad Soden eine Eiche gepflanzt, an der eine Gedenktafel an ihn erinnert. Seine Frau Ruth gründete 1980 eine Stiftung mit seinem Namen, die der Förderung der Integration und der Völkerverständigung dient.

Ladislaus Winterstein

*** 11.6.1905, † 2.11.1964**

Mitglied des Kreistages von 1952 bis 1956, Mitglied des Kreisausschusses von 1956 bis 1964, davon 1960 bis 1964 als (ehrenamtlicher) 1. Kreisbeigeordneter. Am 25. Oktober 1964 erneut in den Kreistag gewählt verstarb er kurz darauf am 2. November.

Mitglied des Hessischen Landtags von 1950 bis 1954 und von 1957 bis 1958.

Mitglied des Deutschen Bundestages kurz vor seinem Tod 1964.

Bürgermeister von Hattersheim von 1951 bis zu seinem Tod.



Ladislaus Winterstein könnte man als Begründer einer Winterstein-Dynastie im Hessischen Landtag bezeichnen. Seine Familie stammt aus dem heutigen Serbien, Provinz Vojvodina (früher Königreich Ungarn, westliche Batschka), wo er in Oszivac (Alt-Siwatz) geboren wurde. Nach Abitur, Studium und Tätigkeiten in der Verwaltung und in der Privatwirtschaft wurde er 1949 Gemeindeobernotar bei der Stadtverwaltung Pfungstadt. Im Juni 1951 wurde er als Kandidat der SPD zum Bürgermeister von Hattersheim gewählt, obwohl die SPD damals nur fünf von fünfzehn Sitzen in der Gemeindevertretung inne hatte. Er wurde schnell so populär, dass die SPD bei der folgenden Kommunalwahl im Mai 1952 zehn von fünfzehn Sitzen errang.

Bei dieser Kommunalwahl wurde er auch in den Kreistag des Main-Taunus-Kreises gewählt, ebenso bei den drei folgenden Kommunalwahlen 1956, 1960 und 1964. Ab 1956 wurde er Mitglied des Kreis-

schusses, von 1960 bis 1964 als ehrenamtlicher Erster Kreisbeigeordneter. Kurz nach der Kommunalwahl am 25. Oktober 1964 erlag er einem Herzinfarkt.

Schon vor seiner Wahl zum Bürgermeister von Hattersheim wurde er in der zweiten Wahlperiode ab 1. Dezember 1950 für die SPD Mitglied des Hessischen Landtages. In der dritten Wahlperiode von 1954 bis 1958 kam er als Nachrücker ab dem 11. November 1957 bis zum Ende der Wahlperiode 1958 erneut in den Landtag. Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 kandidierte er auf der hessischen Landesliste der SPD und wurde als Nachrücker am 26. Oktober 1964 Bundestagsabgeordneter, wenige Tage vor seinem Tod. Die Stadt Hattersheim hat ihm zu Ehren eine Straße benannt, den Ladislaus-Winterstein-Ring.

Norbert Winterstein

* 12.12.1931

Mitglied des Kreistages von 1960 bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Rüsselsheim 1981.

Vorsitzender der Kreistagsfraktion von 1964 bis 1981.

Mitglied des Hessischen Landtages von 1966 bis 1970.

Bürgermeister von Hattersheim von 1965 bis 1981. Oberbürgermeister von Rüsselsheim von 1981 bis 1993.



Norbert Winterstein wurde wie sein Vater Ladislaus Winterstein in Oszivac (Alt-Siwatz), heute Serbien (früher Jugoslawien) geboren. Nach seinem Abitur in Darmstadt 1952 studierte er in Frankfurt a. M. Rechts- und Staatswissenschaften und legte 1961 das juristische Staatsexamen ab. Er trat in den Hessischen Staatsdienst ein und war zuletzt Regierungsrat im Innenministerium. Nach dem Tod seines Vaters im November 1964 wurde er von SPD und CDU zu seinem Nachfolger als Bürgermeister von Hattersheim gewählt. Dieses Amt bekleidete er vom 15. Januar 1965 bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim im Oktober 1981. Bis 1993 blieb er über zwei Wahlperioden Oberbürgermeister dieser Stadt.

1966 kandidierte er für den Hessischen Landtag und war vom 1. Dezember 1966 bis zum 30. November 1970 Landtagsabgeordne-

ter. Mitglied des Kreistages des Main-Taunus-Kreises war er schon bei der Kommunalwahl am 23. Oktober 1960 geworden, dem er bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Rüsselsheim 1981 über mehr als fünf Wahlperioden angehörte. Bei den Kommunalwahlen 1972, 1977 und 1981 war er jeweils der Spitzenkandidat der SPD im Kreis. Von 1964 an bis zu seinem Ausscheiden aus dem Kreistag 1981 war Norbert Winterstein der Fraktionsvorsitzende der SPD. In dieser Zeit bis 1977 stellte die SPD die stärkste Fraktion im Kreistag und mit Valentin Jost seit 1966 auch den Landrat.

Norbert Winterstein war auch Abgeordneter der bis 1974 bestehenden Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain, später Abgeordneter der Regionalen Planungsversammlung Südhessen. Nach seiner Zeit als hauptamtlicher Kommunalpolitiker engagierte er sich ab 1994 bis 2006 im Auftrag der Europäischen Union und des Landes Hessen in verschiedenen Projekten zum Wiederaufbau Bosnien-Herzegowinas, insbesondere der Stadt Mostar und zur Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge nach Ex-Jugoslawien.

Waldemar Wolf

***16.9.1929, † 10.6.2001**

Mitglied des Kreisstages von 1960 bis 1981.

Mitglied des Hessischen Landtages von 1970 bis 1974.



Waldemar Wolf stammte aus Leina in Thüringen. Nach der Volksschule absolvierte er eine Schlosserlehre bei der Reichsbahn in Gotha und arbeitete dort von 1947 bis 1951 als Schlosser, ab 1951 bis 1955 als Kalkulator. Nach der Übersiedlung nach Hochheim a. M. wurde er 1956 Betriebsschlosser bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim, ab 1960 Werkmeister.

In Hochheim wurde er bald in der SPD aktiv und 1963 Vorsitzender des Ortsvereins Hochheim. Von 1964 bis 1968 war er dort Stadtverordneter, ab 1964 als Vorsitzender der SPD-Fraktion. Danach war er bis 1974 ehrenamtlicher Stadtrat. In den Kreistag des Main-Taunus-Kreises wurde er schon 1960 gewählt und blieb über fünf Wahlperioden bis 1981 Kreistagsabgeordneter. 1970 wurde er über die Landesliste der SPD in den Hessischen Landtag gewählt und war vom 1. Dezember 1970 bis zum 30. November 1974 Landtagsabgeordneter.

Horst Winterstein

*** 5.10.1934, † 24.6.2006**

Mitglied des Kreistages von 1968 bis zu seiner Wahl zum Hessischen Innenminister 1984.

Mitglied des Hessischen Landtages von 1976 bis 1991, von 1980 bis 1984 als Vorsitzender der SPD-Fraktion. Hessischer Minister des Innern von 1984 bis 1987.



Horst Winterstein wurde wie sein Vater Ladislaus und sein Bruder Norbert im früheren Jugoslawien (heute Serbien) geboren, und zwar in dem Ort Ujszivac (Neu-Siwatz). Nach dem Abitur in Darmstadt studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Frankfurt a. M. und legte 1964 das juristische Staatsexamen ab. Von 1964 bis 1966 war er Regierungsassessor bei der Hessischen Finanzverwaltung und von 1967 bis 1970 Geschäftsführer des Hessischen Städtebundes, danach ab 1971 Geschäftsführer des Hessischen Städtetages.

Im Alter von 26 Jahren wurde er 1960 Gemeindevertreter von Hattersheim und blieb es bis 1977. Er wurde 1968 in den Kreistag gewählt, dem er bis zu seiner Ernennung zum Hessischen Innenminister 1984 fast vier Wahlperioden angehörte. Bei den Jungsozialisten beginnend leistete er viel Parteiarbeit, war Vorsit-

zender des SPD-Unterbezirks Main-Taunus und mehrere Jahre stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Süd und Mitglied des Landesvorstandes.

Im Juni 1976 wurde Horst Winterstein Mitglied des Hessischen Landtages, wo er vom Dezember 1978 bis zum März 1980 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion war und danach Vorsitzender der Fraktion wurde. In dieser Funktion hat er nach der Landtagswahl im September 1982 die schwierige Phase der Regierungsbildung mitgestaltet, die durch das Ausscheiden der FDP und den Einzug der Grünen in den Landtag verursacht wurde. Nach der vorgezogenen Landtagswahl im September 1983 wurde er in dem von den Grünen tolerierten Kabinett des Ministerpräsidenten Holger Börner im Juni 1984 Innenminister und blieb es auch in der im Oktober 1985 gebildeten ersten rot-grünen Koalition auf Länderebene. Die knappe Wahlniederlage der SPD bei der Landtagswahl 1987 beendete seine knapp vierjährige Amtszeit im April 1987. Er blieb in der nächsten Wahlperiode in der Opposition, wurde 1991 als Landtagsabgeordneter wieder gewählt, gab dann aber sein Mandat zurück.

Veronika Winterstein

*** 31.1.1939**

Mitglied des Kreistages von 1977 bis 1989.

Mitglied des Hessischen Landtages von 1982 bis 2003. Von 1995 bis 2003 war sie Vizepräsidentin des Landtags.



Am 20. März 1977 wurde Veronika Kiekheben-Schmidt in den Kreistag des Main-Taunus-Kreises gewählt. Sie wurde in Wien geboren, besuchte Gymnasien in Augsburg und Frankfurt a.M.-Höchst und danach Sprachschulen in Frankfurt, um das Dolmetscherdiplom für Englisch und Französisch zu erlangen. Ihre Ausbildung ergänzte sie durch ein Sprachdiplom an der Sorbonne in Paris. Danach war sie in der Privatwirtschaft, beim Hessischen Rundfunk und freiberuflich bei einer Werbeagentur beschäftigt. Nach ihrer Heirat mit Norbert Winterstein nannte sie sich ab 1983 bis etwa 1995 Veronika Kiekheben-Schmidt-Winterstein, danach Veronika Winterstein.

Politisch engagierte sie sich für die SPD ab 1969 in Eschborn. Sie wurde später stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Main-Taunus. Nach der Wahlperiode von 1977 bis 1981 war sie noch zwei weitere Wahlperioden bis 1989 Mitglied des Kreistages

In den Hessischen Landtag wurde sie erstmals 1982 über die Landesliste der SPD gewählt. Auch in den ab 1983 folgenden fünf weiteren Wahlperioden wurde sie Landtagsabgeordnete. In den beiden letzten Wahlperioden von 1995 bis 1999 und von 1999 bis 2003 war Veronika Winterstein Vizepräsidentin des Hessischen Landtages.

Nancy Faeser

* 13.7.1970

Mitglied des Kreistages seit 1993.

Mitglied des Hessischen Landtages seit 2003.



Nancy Faeser wurde in Bad Soden geboren und wuchs in Schwalbach a. T. auf. Nach dem Abitur im Jahr 1990 am Albert-Einstein-Gymnasium in Schwalbach folgte das Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt a. M., das sie 1996 mit dem 1. Staatsexamen abschloss. Nach dem Referendariat bestand sie im Jahr 2000 das 2. Staatsexamen erfolgreich. Sie arbeitet seitdem als Rechtsanwältin, derzeit bei einer Anwaltskanzlei in Frankfurt.

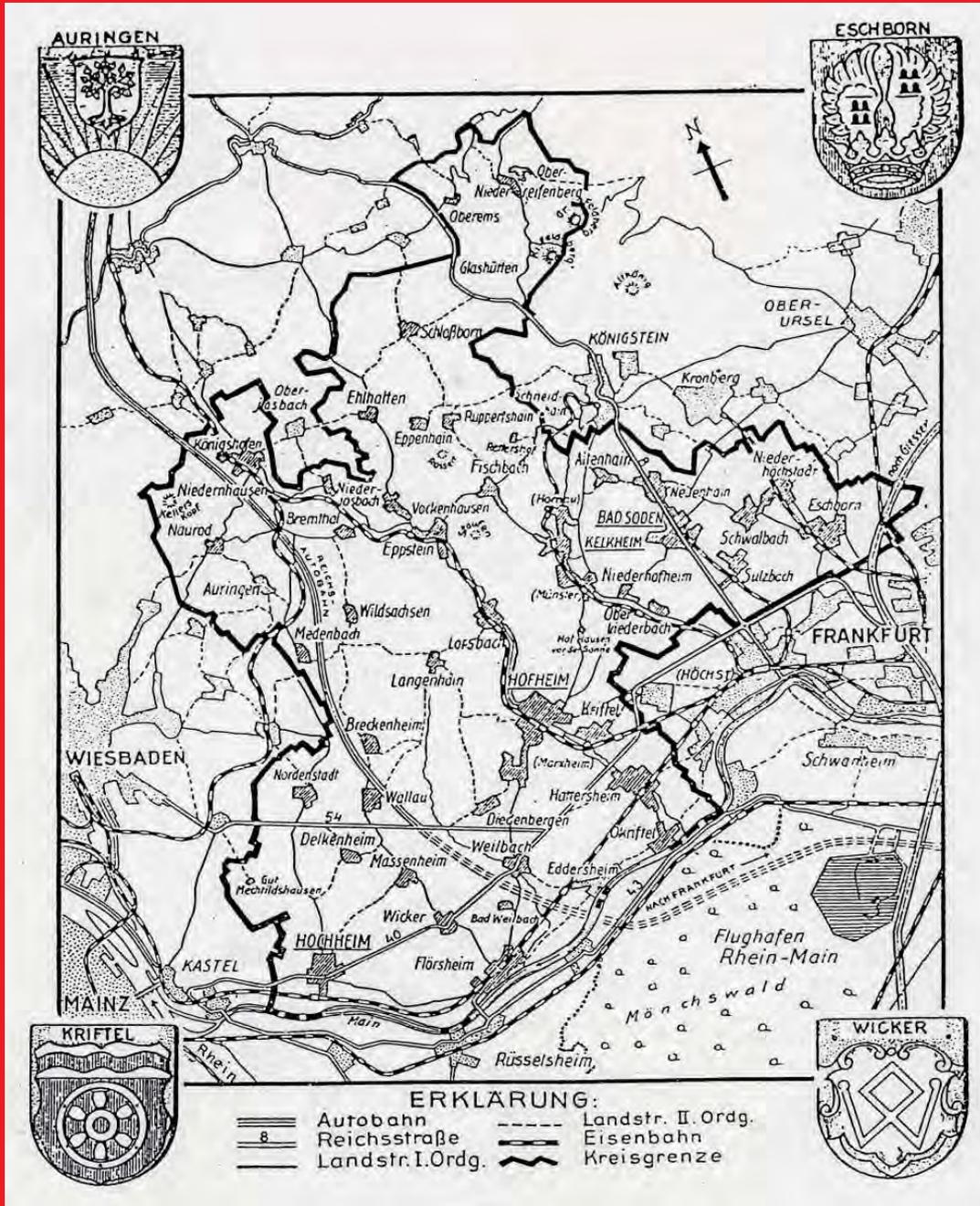
Politisch geprägt wurde sie vor allem von ihrem Vater Horst Faeser, der für die SPD von 1988 bis 2002 Bürgermeister von Schwalbach war, von 1989 bis 1993 auch Kreistagsabgeordneter des Main-Taunus-Kreises. Nancy Faeser trat 1988 in die SPD ein und wurde 1993 in den Kreistag gewählt, dem sie seitdem angehört. Seit 2006 ist sie auch Stadtverordnete in Schwalbach. 1996 wurde sie Vorsitzende des SPD-Ortsvereins

Schwalbach. Von 1999 bis 2009 war sie stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Main-Taunus; seit 2009 ist sie die Vorsitzende dieses Unterbezirks. Sie gehört außerdem seit dem Jahr 2000 dem Vorstand des SPD-Bezirks Hessen-Süd an.

Im April 2003 wurde Nancy Faeser erstmals in den Hessischen Landtag gewählt und wurde vor der Landtagswahl 2008 designierte Justizministerin im Schattenkabinett der SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti. Nach der erneuten Wahl 2009 wurde sie stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion. Bei der Landtagswahl am 22. September 2013 stand sie auf Platz zwei der Landesliste der SPD und war im Kompetenzteam Thorsten Schäfer-Gümbels die designierte Innenministerin.

Dieter Reuschling:

85 Jahre SPD-Fraktion – Der Kreistag des Main-Taunus-Kreises (1928-2013)



EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.